

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 245.

Donnerstag, den 18. Oktober 1917.

24. Jahrg.

Die Hand liegt offen.

Wenn irgend etwas den letzten Zweifel darüber beheben kann, ob die alte sozialdemokratische Partei noch im Besitze des sozialistischen Geistes und des proletarischen Empfindens ist, so die Art und Weise, in der die Einigungsfrage auf dem Würzburger Parteitag behandelt wurde. Mit elementarer Macht drängte sich in den Debatten immer wieder die Erkenntnis in den Vordergrund: die Einheit ist notwendig, nur eine einheitliche Arbeiterbewegung kann siegen, nur in Geschlossenheit kann sich die Arbeiterklasse ihre Zukunft erkämpfen.

Diese Überzeugung ist mit so überwältigender Mehrheit ausgesprochen worden, daß einzelne abweichende Stimmen dagegen gar nichts zu bedeuten haben. Es war das alte solidarische Klassengefühl, das hier immer wieder herbeiredet wurde, jenes Gefühl, das die beste und festeste Errungenschaft eines 50jährigen Kampfes und Siegens ist. Und doch lassen die Debatten einen herben Nachklang. Es war ja nur die eine Seite, die sprach, und sofort erhebt sich die besorgte Frage: was wird die andere antworten?

Unsere Hoffnungen auf ein Entgegenkommen der Parteileitung der Unabhängigen sind nicht sehr groß. Wenn ein Redner auf dem Parteitag sagte: „Glaubt Ihr, sie haben erst vorläufig und gesittet die Spaltung der Partei herbeigeführt, um nun ohne weiteres wieder zur Partei zurückzuführen?“, so kann man sich des bitteren Gefühls nicht erwehren, daß hieran etwas Wichtiges ist. Das hat auch der Parteitag wohl gewußt. Aber unsere Verständigungsbereitschaft, unser Streben nach Einheit der Partei, kann niemals davon abhängig sein, was die Gegenseite etwa antworten wird, sondern nur davon, was wir als richtig erkannt haben.

Immer wieder drängt sich der Vergleich mit der Friedensbereitschaft der Sozialdemokratie in diesem Weltkriege auf. Man hat es uns von anderer Seite zum Vorwurf gemacht, daß wir den Sozialisten Frankreichs und Englands die Friedenshand hinhielten, während diese anstatt einzuschlagen, hineinsprachen. Und doch haben wir nichts zu bereuen. Wir wissen, daß diese Haltung die einzige Möglichkeit bedeutet, den Frieden herbeizuführen. Und die Herbeiführung des Friedens ist ein so über alle Maßen wichtiges und hohes Ziel, daß uns keine Kränkung von der einen Seite, kein Hohn und Spott von der andern in eine friedensfeindliche Haltung hineintreiben wird. Wir lassen uns tausendmal lieber sagen, daß man in unsere dargebotene Friedenshand hineingepußt habe, als daß wir uns dem Vorwurf aussetzen, auch nur irgend etwas veräumt zu haben, was die Herbeiführung des Friedens um einen einzigen Tag hätte beschleunigen können. Und das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse, werden es uns danken.

Genau so steht es aber auch mit der Einigung der Arbeiterbewegung. Auch sie ist ein Ziel von so ungeheurer Wichtigkeit, daß keine Empfindlichkeit die sachlich als richtig erkannte Haltung beeinträchtigen darf. Bedenken wir doch, daß gleich in dem ersten Jahre nach dem Kriege die wirtschaftliche Zukunftsgestaltung Deutschlands und damit die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse auf Jahrzehnte entschieden werden wird. Wirtschaftliche Entscheidungen werden geschlagen werden, und das Herz jedes ernsthaften Sozialisten frampft sich zusammen bei dem Gedanken, daß diese ausschlaggebenden Kämpfe die Organisation der Arbeiter durch innere Kämpfe geschwächt vorfinden sollten!

Ein Redner des Parteitages hat bereits die Schreden eines kommenden Reichstagswahlkampfes ausgemalt, in dem sich die beiden sozialistischen Parteien gegenseitig zerfleischen. In ebenso düsteren Farben ließe sich das Bild des künftigen Wirtschaftskampfes malen, wenn dem zu gewaltigster Konzentration entwiderten Kapital zerspalten, uneinige Gewerkschaften gegenüberstehen. Da fließt das Blut und jeder echte Sozialist spricht: das darf nicht sein, das wird nicht sein.

Und deshalb hat der Würzburger Parteitag recht getan, wenn er sich mit beiden Füßen auf den Boden der Einigungsbereitschaft gestellt hat, unbekümmert um die Antwort, die ihm von der Gegenseite zuteil werden wird. Allen Arbeitern Deutschlands ruft er zu: Die Friedenshand liegt offen, achtet darauf, daß die Sache der deutschen Arbeiterbewegung nicht unwiederbringlichen, unabsehbaren Schaden erleide!

An die Arbeiterklasse richtet sich der Appell des Würzburger Parteitages, an sie, die im innersten Herzen nie das Gefühl dafür verloren hat, daß nur Geschlossenheit den Sieg verleiht. Wohl zehnmal und darüber wurde in Würzburg die Gewißheit ausgesprochen, daß die Macht der wirtschaftlichen Entwicklung doch auf alle Fälle die Arbeiterbewegung wieder zusammenschweißen würde. Aber soll das wirklich erst geschehen, nachdem die Arbeiterklasse die bittersten Folgen der Spaltung am eigenen Leibe hat auskosten müssen? Kann nicht bis dahin auch unwiederbringlicher Schaden entstanden sein? Noch ist Zeit, noch stehen wir vor den großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Nachkriegszeit, noch kann die Arbeiterklasse vor dem großen Schaden, nicht erst durch den Schaden klug werden. Der Würzburger Parteitag ruft: Einigt Euch. Ihr ver-

gebt Euch nichts, die Partei gewährt volle Meinungsfreiheit, sie duldet alle Richtungen (was gerade der Verlauf des Würzburger Parteitages deutlich zeigt), sie verlangt nichts als Befolgung der selbstverständlichen demokratischen Pflicht, die bei allen Handlungen Unterwerfung der Minderheit unter Beschlüsse der Mehrheit erheißt.

Vielleicht wird die Gegenseite die angenommenen Einschließungen als Sirenenklänge verdächtigen, als Zeichen der Schwäche auszubuten suchen. Das läßt uns genau so kalt, wie wenn die Kriegsbeher des Auslands die deutschen Friedensangebote als Symptome des nahen militärischen Zusammenbruchs Deutschlands ausposaunen. Wir fühlen uns hier wie dort stark genug, um solche böswillige Mißdeutung ehrlichen Willens zu ertragen.

Mit erschütternder Offenheit hat einer der Aeltesten der Bewegung, Richard Fischer, gestanden, daß die häßlichen Vorgänge der Parteispaltung manche unergängliche Bitternis in seiner Seele zurückgelassen hätten. Aber er hat gleich hinzugefügt, daß falls solche Verbitterung der Führer die Einigung hindern sollte, die Arbeitermassen die Einigung ohne die Führer machen müßten. Und der Parteitag hat diesem Wort zugejubelt. Ein ebenso ehrliches Bekenntnis von den Unabhängigen — und die Einigung kann nicht mehr aufzuhalten sein.

Der Einigungsbeschluß des Parteitages appelliert an die Arbeitermassen. Mögen sie es sich überlegen: Ist es wirklich noch dasselbe erhebende und befreiende Gefühl, das uns früher nach getaner politischer Arbeit besetzte, wenn man sich jetzt am Abend eines ereignisreichen Tages sagen kann: Heute haben wir wieder mal eine Friedensunterzeichnung der Scheidemanns gestört (zur Freude der Alldeutschen!), heute ist es uns gelungen, den Gewerkschaftsverein zu sprengen (zur Freude der Unternehmer!), heute habe ich das Parteiblatt abbestellt (zur Freude der bürgerlich-kapitalistischen Verleger)?!

Wer empfindet Freude an der Zerstörung? Bei wem kann sie länger dauern als einen Augenblick unbesonnenen Erregung? Immer wieder ist auf dem Würzburger Parteitag ausgesprochen worden: die Arbeitermassen empfinden gegeneinander keinen Haß. Aus diesem sicheren Gefühl heraus hat der Parteitag den ersten mutigen und klaren Schritt zur Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung unternommen.

Die Friedenshand liegt offen.

„Vorwärts“.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C.B. Würzburg, 17. Oktober.

Dritter Verhandlungstag.

Von der Front und aus der Heimat sind viele Glückwünsch-telegramme eingegangen.

Das Korreferat zum Fraktionsbericht erhält Hoch-Hanau: Ich will mit David nicht über die Vergangenheit streiten. Die endgültige Entscheidung fällt die Partei, wenn alle Genossen wieder daheim sind und nach dem Fehlen des Belagerungs- zustandes ein unbefränktes politisches Leben herrscht. Heute ist unsere Aufgabe, die gegenwärtige Lage zu prüfen und zu unter- suchen, wie wir möglichst rasch aus dem Kriege herauskommen. (Sehr wahr.) Den entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung des Krieges hat David zu meinem Erstaunen völlig über- sehen: Als der Krieg am 4. August ausbrach, war er von den herrschenden Klassen aller Länder planmäßig vorbereitet und als Eroberungskrieg gewollt. Er wäre auch als Eroberungskrieg durchgeführt worden, wenn alles nach dem Willen der herrschen- den Klassen eines Landes gegangen wäre. (Sehr wahr.) Als Sozialdemokraten hatten wir zunächst unser eigenes Land zu ver- teidigen, denn gegen Unterdrückung muß sich jedes Volk selber wehren. Daneben aber mußten wir auch darauf achten, daß nicht ein anderes Volk vergewaltigt werde. Wer die Pflicht der Land- desverteidigung überhaupt verneint, ist nach meiner Überzeu- gung kein Sozialdemokrat (Sehr wahr!), aber das tut auch nie- mand, wenigstens die unabhängige Sozialdemokratie nicht. Auf der anderen Seite mußte aber auch in jedem Augenblick neu ge- prüft werden, ob uns wirklich noch eine Vergewaltigung drohte oder ob nicht andere Momente die Verlängerung des Krieges be- stimmten. Die Extreme von der anderen Seite wollten während der ganzen Kriegsdauer die Kredite bewilligen und die Regie- rung unterstützen, weil noch immer das Land in Gefahr sei. Aber so war die Erklärung vom 4. August nicht gemeint. Wir wollten uns keineswegs mit gebundenen Händen der deutschen Regierung ausliefern, sondern behielten unsere freie Entscheidung bei jeder Kreditforderung. (Landsberg: Sehr richtig!) So lange zu fürch- ten war, daß unser Volk unterdrückt werde, solange mußten und müssen wir alles tun, um das Schicksal von uns abzuwehren. Aber sobald das Ziel der Sicherung erreicht und die Feinde zum Frie- den bereit waren, mußten wir unsere politische Stellung ändern. Wie steht es nun damit? Nach meiner festen Überzeugung ist jede Vergewaltigung längst unmöglich geworden. (Hört, hört!) Das hängt mit den unerhöpften Hilfsmitteln der modernen Technik und Wirtschaft zusammen und auch mit dem starken Staatsgefühl der Volksmassen in allen Ländern, die wissen, daß sie in ihrem Staat ihre Interessen wahrnehmen und ihre Rechte erweitern können. Und in dieser Unüberwindlichkeit aller Völker liegt die große geschichtliche Bedeutung dieses Krieges — dadurch ergibt sich für uns auch eine ganz neue Stellung zum Frieden und zum Friedensziel. Keine Weltwirtschaft kann in Zukunft

mehr aufgebaut werden durch Krieg und auch nicht durch ihn zer- stört werden. Kein Wiedereinander der Völker ist mehr möglich, sondern nur noch ein Nebeneinander nach Rechtsgrundlagen mit einer für alle gleichmäßig freien Entwicklung. Damit werden auch Art und Gegenstand der Friedensverhandlungen ganz anders. Gewiß werden nicht alle Grenzsteine auf dem alten Feld stehen bleiben, aber keinen Grenzstein kann mehr die Gewalt verrücken. Die Angst vor Eroberungen ist unbegründet geworden, Eroberungen und Vergewaltigungen sind überhaupt nicht mehr mög- lich. (Lebh. Hört, hört!) Nicht Eroberungen sind mehr die Gefahr, sondern daß der Krieg verlängert wird. (Zurufe: Von wem?) Das ist für Sie charakteristisch gefragt — die wahre An- wort sollen Sie gleich hören. Endet der Krieg so, daß keine Eroberungen mehr möglich sind, dann ist der bisherige Militarismus unmöglich, mindestens fällt sein Ubergewicht hinweg. Die wirt- schaftliche Ausbeutung wird letzten Endes nur erhalten durch den militärischen Druck, die Kanonen sind die ultima ratio auch gegen den inneren Feind. Nun ist die Kapitalgewalt durch den Krieg in einer Weise gesteigert worden, wie das vorher unvorstellbar gewesen wäre. Der Mittelstand ist zerrissen und wird durch die Ubergangswirtschaft vollständig vernichtet werden. Der Wegfall des Gewaltprinzips stellt die volle Freiheit auch auf dem Welt- markt automatisch her. Daher hat in Zukunft auf dem Weltmarkt nur noch das Volk Aussicht, sich zu behaupten, das die größte wirt- schaftliche Macht entfaltet. Das kann nur durch den rationellsten Großbetrieb geschehen. Andererseits hat der Krieg die weitesten Kreise der Bevölkerung mit dem Bewußtsein ihrer ungeheuren Opfer, aber auch ihrer Macht erfüllt. Nun werden die hohen Lebensmittelpreise noch lange Zeit bleiben und es droht dem Volke eine geradezu ungeheuerliche Ausbeutung. Dagegen wird es, so hoffe ich bestimmt, selbstbewußt sich wehren. Damit aber hat auch durch den Krieg der Kapitalismus eine Erstärkung erlitten, die er nicht mehr überwinden kann. Alle Welt hat erkannt, daß die Wirtschaft und der Großbetrieb, notwendig wie sie sind, nicht mehr der Willkür des Kapitals überantwortet werden dürfen, sondern daß die Gesamtheit sich einmischen muß. (Sehr wahr!) Die bisherige Staatswirtschaft hat keinerlei Neignlichkeit mit dem Sozialismus, aber diese Wirtschaft wird immer mehr und mehr unter die Kontrolle der Gesamtheit kommen. Nach dem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen wird eine Ausbeutungs- wirtschaft unmöglich. Das ist die Gefahr, vor der die kapitalisti- schen Kreise zittern. Sie sehen eine andere Zeit vor sich als die, in der sie leben und die sie verheßen. Deshalb sind es nicht die alldeutschen Professoren-Ideologien, die den Krieg verlängern, sondern die Klasseninteressen der Bourgeoisie. Sie muß den Krieg verlängern, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Darum ist der Kampf für den Frieden der schwerste und ernstlichste Klassen- kampf. Diesen Klassenkampf müssen wir führen nach den alten unveränderten Grundrissen unserer Klassenkampftaktik.

Die einzige Gefahr, die uns jetzt droht, ist die Verlängerung des Krieges, das weitere Verarmen und Verbluten des Volkes. Dagegen müssen wir mit aller Kraft ankämpfen. (Zurufe: Selbst- verständlichkeiten!) Darum müssen wir kämpfen gegen diejenigen Parteien und Regierungen, die im Dienste dieses Widerstandes stehen, gegen den Militarismus und die bürgerlichen Regierungen in allen Ländern. Das Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien in der Friedensfrage ist möglich und notwendig, weil die hinter ihnen stehenden Kreise auch den Frieden fordern. Aber wir müssen die Bewegung leiten und auf dem rechten Wege halten. (Zurufe: Selbstverständlichkeiten!) Die kapitalistischen Politiker erstreben ein Gewaltregiment von Militär und Geldjad. Dem- gegenüber wollen wir die Entscheidung über Krieg und Frieden den Völkern übertragen. Die Verfassungsfragen sind in allen Einzelheiten mit der Friedensfrage verknüpft. Ohne Verfassungs- fragen können wir die Friedensfrage nicht lösen und ohne die Friedensfrage gibt es keine Verfassungsfragen. In diesem Kampf ist noch alles zu leisten. Die Friedensresolution vom 19. Juli kann ein großer ausschlaggebender Erfolg sein, wenn dahinter ein fester Kampfeswille steht. Aber noch herrschen Unklarheiten, Zweideutigkeiten und Halbheiten und über die müssen wir end- lich auf der ganzen Linie hinaus. Geduld und Kraft der Völker in allen Ländern ist zu Ende. Kommt in diesen Wochen nicht der Frieden von oben, dann kommt er von unten in revolutionären Zuständen. Vor diesem Unglück müssen wir unser Land bewahren. Wir müssen der Regierung erklären, daß wir ihr keinen Pfennig mehr bewilligen, wenn sie nicht klipp und klar unsere Friedens- forderungen annimmt. Erst dann haben wir das Recht, anderen Völkern Vorwürfe zu machen. Den rückwärtslosen, schonungslosen Kampf zu proklamieren, ist die Aufgabe dieses Parteitages, damit muß er vor der Partei und Menschheit bestehen. (Lebh. teilw. Beifall.)

Der Parteitag tritt in die Diskussion ein. Mit zur Beratung gestellt werden die Anträge, insbesondere ein Antrag Hoch und Genossen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß endlich der Krieg beendet wird durch den Frieden, der das einzige Mittel dazu ist, nämlich durch den Frieden ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung irgend eines Volkes, ohne Annexionen und Kriegsschädigungen und auf der Grundlage der Selbstbestim- mung der Völker. Zu dem Frieden können wir erst dann ge- langen, wenn in allen Ländern das arbeitende Volk den Wider- stand der großkapitalistischen und militaristischen Kreise über- wunden hat, die nicht auf Eroberungen verzichten, sondern den Krieg weiter und weiter verlängern wollen in der Hoffnung, daß sich ihnen doch noch eine günstige Gelegenheit zu Eroberun- gen bieten werde. So ist mit dem Kampf für den Frieden un- lösbar verbunden der Kampf gegen die politische Bevormun- dung des Volkes im eigenen Lande, der Kampf um das allge- meine, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Wahlen, um den entscheidenden Einfluß des Volkes auf die Regierungen, um die Beseitigung aller völkerverfeindlichen Beschränkungen. In diesem Kampfe hat die Sozialdemokratie die Führung zu übernehmen im Sinne der Grundzüge unseres Parteipro- gramms und der Beschlüsse unserer Parteitage und internationalen Kongresse, die die Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner fordern und eine Politik des Entgegenkommens an Eroberungspläne und imperialistische Bestrebungen ablehnen. Daher hat die Sozialdemokratie aus-

die Regierungen zu bekämpfen, die offen oder hinterhältig die Beschränkungen gegen den von uns geforderten Frieden fördern. Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsforderungen bewilligen und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig in allgemeinen und in den wichtigsten Einzelfragen zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt oder deren Handlungen ihren Zusicherungen widerprechen.

Moske: Keine feindliche Regierung hat bisher Friedensgenötigkeit gezeigt. Die Friedensresolution des Deutschen Reichstages ist aber auch nach Hoch ehrlich gemeint. Wenn er die Antwort auf die Papstnote herabsieht, so dient er damit Deutschland nicht. In der Ehrlichkeit der deutschen Friedensbereitschaft ist nicht zu zweifeln. Kredite haben wir niemals der Regierung bewilligt aus Liebe für die Junker und Kapitalisten. Die deutschen Arbeiter haben sich geschlagen, um die feindliche Invasion fernzuhalten. Dann unserer Arbeit hat der deutsche Arbeiter etwas zu verlieren und darum die Zustimmung des ganzen Volkes zu unserer Haltung. Natürlich ist die Stimmung abgefallen, aber Halbtat war es, daß eine Anzahl Reichstagsabgeordnete dem nachfolgend und sich dadurch zwischen zwei Stühle setzten. Wir haben nicht Schamlosigkeit zu treiben, sondern das zu tun, was den Arbeitern frommt. Die Landesverteidigung steht in unserem Programm und auch nach dem Kriege werden die Landesverteidigungsfragen von größter Bedeutung sein. War es ein deutscher Eroberungskrieg, als England uns den Krieg erklärte? (Sehr gut!) Jedes Mittel zur Kriegsendigung ist mir recht, aber international sein heißt, daß das Proletariat in allen Ländern zu gleicher Zeit und mit gleichen Mitteln auf das Kriegsende hinarbeitet. Das ist in Stockholm nicht gelungen. Unsere Kreditverweigerung würde den Krieg nicht beendigen. Sollen wir, während unsere Leute draußen im Feuer zehntausender Geschütze liegen, während draußen die Hölle schreit, die Mittel zur Landesverteidigung verweigern? Das würde die Kampfkraft unserer Truppen erschüttern, würde die Gefahr der Invasion bedeuten. (Zustimmung.)

Brücker: Berlin: Die Politik hat sich ereignet von der Wrahe entfernt. Sie muß aber dem Volke noch besser bekannt werden dadurch, daß eine Zentralstelle wöchentlich, ja sogar täglich kurze Tätigkeitsberichte in das Gedächtnis der Arbeiter hämmert. Den Vorgängen in Brücken und der Parteivorstand mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Die Friedensaktion hat die Druckfrage zurückgestellt. Wie konnte Heilmann, hat den Volksruf nach demokratischem Wahlrecht in Brücken zu fassen, sagen, daß damit Zeit ist bis nach dem Kriege. (Zustimmung.) Nein, man muß das Eisen schmieden, solange es warm ist. Die Abstimmung der Unabhängigen im Reichstag hat gezeigt, daß sie lieber mit Hendebrand und Weiskopf gehen als mit den eigenen Klassengenossen. Uns ist bei Kriegsausbruch von Birmingham heimkehrte und in ganz Deutschland die ungeheure Begeisterung ansteigt, ich ist, daß gar viele Arbeiter bei den Siegesnachrichten lachten. Hätte die Fraktion eine andere Stellung eingenommen, war weiß, welchen Eindruck das im Lande gemacht hätte. Die Ernährungsministerien, die lange Kriegsdauer haben die Stimmung geändert, aber Rechnungswirtschaften mühten doch in brüderlichem Geiste ausgetragen werden. Redner begrüßte den Berliner Antrag, der den parlamentarischen Verzögerungen entschlossenes Auftreten in den Parlamenten zur Pflicht machen will, damit, daß Verteidigungsplan im Parlament durch Parteibeschluß vorgeschrieben wird.

Samuel-Milhanen i. Gh: Wohl war bei Kriegsausbruch die Volkstimmung überall für die Kreditbewilligung, aber das, was wegen 1570 Fehel und Diebstahl die Junker eingeschlagen wurden, haben wir früher als ihre größte Tat anerkannt. Will man energisch gegen den Krieg Front machen, so muß man irgendwas beginnen und wir verlangen, daß das von uns in Deutschland gefolgt, weil uns das am nächsten liegt. (Zuruf: Wasches am gefährlichsten ist?) Genug Genossen im Felde fordern die Kreditverweigerung. Man bewilligt Kredite ja doch der Regierung, die das Geld ausgibt. Jetzt hat im Reichstag der Regierung den schärfsten Kampf angelegt. Wie kann man da der Partei noch zuzuhören, ihr die Mittel zu bewilligen? Für einheitliches Vorgehen im Parlament sind auch wir, aber es muß jedem unbenommen bleiben, sich der Abstimmung zu enthalten. In der eckig-lebhaftigen Frage kann nur von einem Selbstbestimmungsrecht im Rahmen des Deutschen Reiches die Rede sein. Würde Gleichzeitigkeit über seine hässliche Zugehörigkeit entscheiden können, warum nicht auch Polen, Westfalen, Thüringen? Wirtschaftlich ist Gleichzeitigkeit durchaus in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingeschlossen und seine Vorsehung würde zu den schwersten Schädigungen führen. Die Sozialdemokratie muß aber mit größter Entschiedenheit gegen den nach so langer Kriegsdauer auch im Operationsgebiet unerträglichen Belagerungsstand kämpfen, dessen Aufhebung im dringenden Interesse des Deutschen Reiches liegt.

Beigand-Bremen: Durch Kreditverweigerung einseitig in Deutschland wird der Frieden nicht gefördert; erst müßte eine internationale Verhandlung der Sozialisten vorangehen, andernfalls machen wir unsere Situation in Deutschland unmöglich. Durch Kreditverweigerung wäre auch der Belagerungsstand nicht beendigt, sondern nur verschärft worden. Zu Kriegsbeginn waren wir auch in Bremen mit der Fraktion einverstanden, nahmen aber weitgehende Rücksicht auf den abweichenden Standpunkt unseres Abgeordneten. Dann aber kamen Rose Luxemburg und Franz Mehring und bestanden in gemeinsamer Weise gegen die Fraktion. Entschieden hat die Opposition nur die Zerreißen der Partei, für den Frieden aber hat sie nichts durchgesetzt. Unsere Fraktion aber hat eine bürgerliche Mehrheit gezwungen, in der Friedensfrage mit uns zu gehen. Hätte das bei der Kreditbewilligung erreicht werden können? Auch die Ober- und Volkskammer sind Erzieher der praktischen Arbeit der Fraktion. Wir müssen also auch für die Zukunft hinaus freie Hand für sie lassen. Redner begrüßte dann einen Antrag Bremen, die Kriegsschuldigenfrage und Sinkeraltersverordnung der Reichstagsregeln der Reichsverfassungsordnung zu unterstellen.

Leinich: Die Entscheidung des 4. August war in der Tat ein weitgehendster Wendepunkt, aber wie konnte man denn sagen: Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben. Die überwiegende Mehrheit des In- und Auslandes hätte eine andere Entscheidung erwartet. Die Jahre aus den heiligen Schriften von Marx und Engels beweisen dagegen gar nichts. Man kann dreimal so viel entgegengelegte Jahre anführen, aber entscheidend sind nicht die Massen, sondern entscheidend war die wirtschaftliche Situation des Augenblicks. Und davon fehlte mir am Davids Redner die weitgehendste Sars, ohne die wir nicht zum geschicktesten Verständnis kommen. Trotzdem ist doch am 4. August die alte internationale zertrümmert worden. Die Ursache war die brutale Taktik der englischen Reichsregierung, an deren Untertänigkeit auch die englische Arbeiterklasse interessiert war. Deshalb war die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder bisher nur eine Idee, keine Wirklichkeit. Wie wird es in Zukunft werden? Aber einweisen müssen wir mit den gegebenen Tatsachen rechnen. Eine glatte Lösung der Kriegfrage ohne Ansehen gab es überhaupt nicht. Das Abwärtswand zwischen Kreditbewilligung und Ablehnung der Militärforderungen in der Friedensfrage hat auch David nicht aus der Welt geschafft. Was das nicht - unendlich gehen - auch früher schon eine Gefährdung der nationalen Interessen? Können wir doch so leicht wie einst Engels sagen, daß die geschickteste Entscheidung ihm Unrecht gegeben habe. Aber leider sind wir noch zu sehr von egoistischen Bedenken abhängig, um so leicht gegen uns selbst zu sein. Wir dürfen den Krieg nicht vom Standpunkt der Sozialdemokratie betrachten, sondern als revolutionäre Taktik. Wirken wir also die Reorientierung im eigenen Leben nicht so von uns. (Zustimmung Beifall.)

Meerfeld-Kiel: Kiel hat sich auf die Volk- und Arbeiterbewegung berufen, das ist berechtigt, aber nicht immer richtig. (Sehr wahr!) Redner führte jetzt das erste Mal die soziale Revolution an, um sich damit über die vertriehen. Wir haben uns als Klassenbewegung und aus Liebe zum

deutschen Volke am 4. August 1914 wie am 19. Juli 1917 gehalten. Die Resolution vom 19. Juli kann nicht erst ein Erfolg werden, sondern ist es bereits. (Sehr wahr!) Auf diesem Wege werden wir weitergehen. Wir dürfen darum nicht festgelegt sein, auch nicht auf das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, wie Winning möchte. Die Resolution des 19. Juli war eine Großtat der Partei, deshalb trifft der Haß der Alldeutschen auch uns und nicht die Unabhängigen, die sich ja fortwährend mit Westarp und Hendebrand gerührt in die Arme sinken. Darum genügen sie in gleicher Weise die Zuneigung der Alldeutschen wie der Feinde im Ausland. (Sehr wahr!) Wir jagen der Regierung Michaelis, die laßt, kraft- und hilflos umhertreibt, den schärfsten Kampf an, wir überlegen, ob wir dieser Regierung die notwendigen Mittel zur Verteidigung des Landes weiter in die Hand legen können. (Hört, hört!) Wir fordern eine starke Regierung mit scharfsinnigen Friedenszielen. Wir brauchen Klarheit vor allem auch über Belgien, den Viegling der Welt und den Angelpunkt des Krieges für England. Wir sprechen Deutschland nicht von aller Schuld frei, wir geben Professor Haller Recht, daß Schuld an dem Kriege die englische Einkreisungspolitik sei, aber die Schuld an der Einkreisungspolitik trägt die Weltpolitik des Fürsten Bülow. Wir sind aber einmal in den Mahstrom des Krieges geraten und müssen jetzt das Volk, so gut es geht, vor dem ärgsten Schaden bewahren. Die Zukunft wird unsere Haltung glänzend rechtfertigen. Vom Kriege geht eine neue Zeit aus und wir wollen und müssen dabei sein. (Leb. Beifall.)

Stamper-Berlin: Erfreulicherweise haben wir keinen Katholikentag hier bekommen, sondern tragen unsere inneren Gegensätze offen hier stets aus. Unsere Taktik hat seit dem Sozialistengesetz natürlich große Wandlungen durchmachen müssen, die hoch vorgebildet abgelehnt. Wir müssen jetzt zu einer Politik positiver Fördern und unmittelbarer Wirksamkeit übergehen. Wir sind zu groß geworden, um ohne praktische Resultate heimkommen zu dürfen. Wir dürfen natürlich nicht Blindlingsannehmen, aber wir müssen uns auch freihalten vom Ablehnungsfoller der Unabhängigen. Statt des starren Systems brauchen wir eine geschmeidige Taktik, volle gradlinige Verfolgung unserer Ziele, volle Freiheit in der Wahl unserer Mittel. So werden wir zum Siege gelangen. (Beifall.)

Löbe-Breslau: Was lenkt die Aufmerksamkeit der Welt auf diesen Kriegsparteitag? Man erwartet eine klare Stellung zum jetzigen Stand der Friedensfrage, zur Regierung Michaelis und zur Tätigkeit unserer Fraktion. Diese klare Stellung will eine Resolution geben, deren endgültige Formulierung noch erfolgt, die aber bereits 118 Unterschriften trägt. Wir billigen darin die Gesamttätigkeit und Gesamtaufassung der Fraktion. Dabei bleiben natürlich einzelne Einwendungen durchaus offen, z. B. ob nicht Haage am 4. August die Pflicht gehabt hätte, sofort gegen das Unrecht in Belgien zu protestieren oder ob nicht schärfer gegen den U-Boot-Krieg hätte protestiert werden sollen und ob der Reichstag nicht in letzter Zeit wiederholt zu rasch auseinandergegangen ist. Aber im ganzen hat die Tätigkeit der Fraktion fast all über die Reihen unserer Genossen hinaus gefunden. Zudem hat dem Lande diene, schuf sie zugleich für die Partei eine günstige Situation. Wir haben den Resonanzboden im Volke nicht verloren, auch nicht durch die Unabhängigen. Nur bei der Trennung der Partei haben die Unabhängigen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, seitdem nicht mehr. Die ganze Welt und der international Haß der Alldeutschen richtet sich gegen uns. Wir wollen ihn weiter verdienen, indem wir in unserer Resolution den schärfsten Kampf gegen die imperialistisch-kapitalistische Gruppe proklamieren. Wir akzeptieren in dieser Resolution die Friedensformel „ohne Annexionen und Entschädigungen“ und billigen die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli, die Antwortnote an den Papst und die Tätigkeit der deutschen Delegation in Stockholm. Wir verlangen von der Regierung unbedingte Klarheit. Kriegskredite soll die Fraktion bewilligen, soweit das Interesse der Landesverteidigung es gebietet. Wir lehnen weiter jede Verantwortung ab, wenn die Regierung die demokratische Neugestaltung im Reiche und in den Bundesstaaten verweigert oder verzögert. Für diese justliche Klarstellung sollten wir eine eindrucksvolle Mehrheit finden. Uns schaudert vor dem vierten Kriegswinter mit seinem ungeheuren Glend, uns schaudert vor neuen Großkampftagen. Kein Tag soll vergehen, ohne daß wir für die rasche Beendigung dieses entsetzlichen Gemetzels eintreten; kein Tag des verheerenden Krieges soll solchen Eroberungen gewidmet sein. Mit dieser Parole werden wir das ganze Volk auf unsere Seite zwingen. (Leb. anhalt. Beifall.)

Reichstagsabgeordneter David-John-Berlin: Unzweifelhaft bestehen in Arbeiterfamilien immer noch augenblickliche Notstände, gegen die wir sofortige sozialpolitische Aktionen einleiten müssen, die ein unmittelbares Eingreifen verlangen. Ein solches fordert ein Antrag meines Wahlkreises Grünberg gerade aus den Erfahrungen der dortigen Textilarbeiter heraus, die vielfach trotz ungeheurer Gewinne der Unternehmer noch ganz jammervolle Löhne haben. Normalarbeitszeit und Minimallohne müssen zu unmittelbaren Tagesforderungen erhoben werden. (Beifall.)

Winnig-Hamburg: Als Massenpartei haben wir eine gewisse taktische Schwereffektivität. Das hemmt in einem gewissen Maße die verteilte Begleitung unserer neuen Handlungsweise während des Krieges. Der Reichstag ist während des Krieges viel populärer geworden, obwohl er sich bei den Regierungskreisen nicht bloß Respektstille erworben hat. Als er zum erstenmal über die Zusammenlegung der Regierung befragt wurde, führte er den einzigen Kanzler, von dem man den Wunsch haben mußte, daß er bleibe. Der Kanzler der Neuorientierung und des Verständigungsfriedens, der an Durchbildung und Redlichkeit unter den Staatsmännern weit hervorragte. Das muß der Reichstag durch Beilegung des jetzigen Kanzlers wieder gewinnen. Die Worte Eberis in der letzten Sturmung waren für viele Genossen eine wahre Erlösung. Die dringende Aufgabe der deutschen Politik ist jetzt, daß der Reichstag bestimmenden Einfluß auf die Regierung erlangt. Dazu bedürfen wir nicht so sehr einer Verfassungsänderung als einer zielbewußten und arbeitstüchtigen Reichstagsmehrheit. Ohne diese ist keine Parlamentarisierung möglich. (Sehr wahr!) Die Reichstagsmehrheit darf nicht auseinanderfallen, sondern muß sich auf feste Mindestforderungen einigen. Gewiß gibt man bedacht eine gewisse Bewegungsfreiheit auf, aber der positive Gewinn ist größer. Wir müssen aus der jetzigen geschicklichen Situation herausziehen, was überhaupt in ihr liegt. Das gebotene Kampffeld für die nächste Zeit ist das Parlament. Eine Arbeiterklasse, deren Fortschritt durch praktische, organisatorische und parlamentarische Arbeit gefördert werden kann, ist niemals gewillt, Revolution zu machen. Die Zukunft kann uns neue Situationen bringen. Wir müssen bereit sein, zur parlamentarischen Taktik oder auch dazu, im Sturm und Drang niederzureißen, was zum Schaden sein ist. Im Augenblick aber müssen wir die Beilegung des Parteitages dazu bekommen, daß die Fraktion mit getrennten Gewinnen fortgehen kann, was sie in Zusammenarbeit mit anderen Parteien gewonnen hat. Wir müssen den Weg frei machen für die neue Taktik. (Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden am nachmittags vertagt. Der Parteitag hat heute über die Stellung der Partei zur Frage der Bewilligung der Kriegskredite entschieden. Mit übergroßer Mehrheit, nämlich mit 262 gegen 14 Stimmen, sprach sich der Parteitag für die Bewilligung der Kriegskredite aus, nachdem ein Gegenstimme mit 28 gegen 28 Stimmen abgelehnt worden war.

Die Kriegslage.

Am 16. Oktober steigerte sich auf dem Hauptkampffeld der Flandernfront die feindliche Artillerietätigkeit und hielt während der ganzen Nacht fast ununterbrochen an. Besondere heftige Wirkung erlitten die Stellungen in Gegend

Draibank, von südlich des Houthulker Waldes an bis Zandvoorde. Feindliche Infanterieangriffe erfolgten nicht. Unsere Artillerie setzte den Kampf gegen die feindlichen Batterien und Anlagen wirksam fort und verursachte zahlreiche Explosionen. Bei einem auf Brücke erfolgten zahlreichen feindlichen Luftangriff, der keinen militärischen Schaden verursachte, wurden wiederum 16 Einwohner der Stadt getötet, eine große Anzahl von ihnen verletzt und zahlreiche Häuser zerstört. Ein eigener Luftangriff auf Dünkirchen zerstörte große Schuppenanlagen auf dem Kai und mehrere Flugzeughallen auf dem Flugplatz St. Pol.

Im Artois wurden bei lebhafter Artillerietätigkeit nördlich der Scarpe drei feindliche Patrouillen verlustreich abgewiesen, während ein eigenes Patrouillenunternehmen nördlich Artois dem Feinde erheblichen Schaden zufügte. Starke Feuerüberfälle auf und beiderseits St. Quentin verurachten erneute Zerstörungen im Innern der Stadt.

An der Aisnefront hielt die tagsüber lebhaft feuerfähig am Chemin des Dames und an der Laffaug-Éche auch nachts über an. Eigene Patrouillenunternehmungen brachten uns Gefangene ein. Auch beiderseits Reims und beiderseits der Maas steigerte sich vom Nachmittage an das Feuer erheblich und hielt bis in die Nacht hinein an.

Im Oken befindet sich nach der Einnahme der Halbinsel Sworbe nunmehr die Insel Oesel restlos in unserer Gewalt.

Südlich Baranowitschi, an der Bahn Kowel-Luck, bei Tarnopol und am unteren Zbrucca, sowie in Gegend Czernowiz und Kadaug war die Geschicklichkeit zeitweise lebhafter. Im unteren Bistritz-Tal wurden nördlich des Hrebis 8 feindliche Patrouillenangriffe restlos abgewiesen.

Berlin, 17. Oktober, abends. (Amtlich.)

In Flandern, nördlich von Soissons und auf dem Dünker der Maas lebhafter Artilleriekampf. Vom Osten bisher nichts Neues.

Wien, 17. Oktober. (Amtlich.)

An unserer Ostküste und in Albanien lebte stellenweise die Geschicklichkeit auf. Im Gabriele-Abchnitt wurden abermals italienische Vorkämpfe abgewiesen.

Unsere Erfolge im Luftkampf im Monat September.

Berlin, 17. Oktober. (Amtlich.) Im Monat September haben unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 374 Flugzeuge und 22 Ballone verloren. Wir haben demgegenüber 82 Flugzeuge und 5 Ballone eingebüßt. Davon sind 38 Flugzeuge jenseits der Linien verblieben, während die anderen 44 über unserem Gebiet verloren gingen. Auf die Westfront allein entfallen von den 374 außer Gefecht gesetzten feindlichen Flugzeugen: 362, von den 82 deutschen 78. Im einzelnen setzt sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 324 Flugzeuge wurden im Luftkampf, 46 durch Flugabwehrkanonen, sechs durch Infanterie abgeschossen, 4 landeten unwillkürlich hinter unseren Linien. Von diesen Flugzeugen sind 167 in unserem Besitz, 207 jenseits unserer Linie erkennbar abgeschossen. Diese Abschusszahl ist die höchste Leistung, die bis jetzt in einem Monat erreicht wurde.

Frankreich und Belgien.

Hinrichtung einer Tänzerin als Spionin.

Die Agentur Radio meldet aus Paris vom 15. Oktober: Die wegen Spionage zum Tode verurteilte Belgierin Martha Hart ist heute hingerichtet worden.

Der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt von zuständiger Seite: Sobald der holländische Minister des Auswärtigen von der Beurteilung der niederländischen Tänzerin Mata Hari in Paris Kenntnis erhält, beauftragte er den holländischen Gesandten in Paris, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um das Todesurteil in eine Freiheitsstrafe zu verwandeln zu lassen, falls die Beurteilung von der Berufungsinstanz bestätigt werden sollte. Im voraus hat der französische Gesandte die französische Regierung bei der Bestätigung des Urteils, die Vollziehung hinauszuschieben, damit Gelegenheit gegeben wäre, ein Gnadengesuch einzulegen. Als das Urteil bestätigt war und der Antrag auf Kassation abgewiesen wurde, empfing der holländische Gesandte in Paris Auftrag, für Mata Hari ein Gnadengesuch einzureichen, während auch die Vermittlung des hiesigen französischen Gesandten angereuert wurde, um den Schritt der niederländischen Regierung zu unterstützen. Das Ministerium des Auswärtigen teilte jedoch telegraphisch mit, daß das Gnadengesuch abgelehnt worden sei. — Und in den Entente-Ländern heuchelt man noch immer über die Erschießung der Canell.

Rußland.

Sozialistische Mehrheit im Vorparlament.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet aus Stockholm: Die Wahlen in das russische Vorparlament wurden teils nach Parteistimmen, teils nach Kurien vorgenommen. Die Sozialrevolutionäre eroberten 123 Sitze, die Menschewiki 73 und die Bolschewiki 66 Sitze. Das Vorparlament umfaßt 308 Mitglieder, von denen 261 Sozialisten sind. Am Ende der demokratischen Konferenz wurde einstimmig gegen die Stimme eines Anhängers Michanows die alte Lösung „Frieden ohne Annexionen“ erneut. Es wurde beschlossen, diesen Beschluß der ganzen Welt in einem Manifest bekanntzugeben.

Petersburg, 17. Oktober. Die vorläufige Regierung verließ die Eröffnung des Vorparlaments auf den 20. Oktober. Das Vorparlament stellt die Arbeiten acht Tage vor der Eröffnung der versammlungsbereiten Versammlung ein.

Der Präsident des Presseverbandes und eine Anzahl Chefredakteure wurden zu Mitgliedern des Vorparlaments gewählt. Die Gesetzesentwürfe in dem Vorparlament werden der Unterchrift von 30 Mitgliedern bedürfen.

Die Angestellten sämtlicher Apotheken Petersburgs beschloßen wegen der Nichtbewilligung der wirtschaftlichen Forderungen durch die Apothekenbesitzer in den Ausstand zu treten.

Der Sowjet an die französischen Sozialisten.

Bern, 15. Oktober. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat an den französischen Sozialistenkongress in Bordeaux ein Begrüßungstelegramm gerichtet, das erst jetzt in Frankreich angekommen ist. In diesem heißt es u. a.:

Vor der ganzen Menschheit richten sich große Gefahren auf: Vermählungen, Glend und Barbarei. Gegen diese Gefahren spannt das Proletariat der ganzen Welt seine Bemühungen an zur Aufrichtung der Internationalen, dem einzigen Mittel, einen Ausgang aus diesem Abgrund zu finden, in den die ganze Menschheit durch die Politik der imperialistischen Regierungen gestürzt ist. Die Realität ist nicht ausgeschlossen, daß die Imperialisten der ganzen Welt hinter dem Rücken des Proletariats ein Komplott gegen die Demokratie schmieden werden. Kürzlich erst sind Gerüchte verbreitet worden, nach denen Deutschland den Winter einen Frieden auf Kosten Rußlands vorgeschlagen hat. Ein solcher

Ausgang wäre nicht nur die Niederlage Rußlands und seiner Revolution, sondern auch die der internationalen Demokratie. Die russische Demokratie weiß eine solche Lösung des Krieges mit Empörung zurück. Die Gefahr einer Gegenrevolution ist ja nicht für immer entfernt, sie wächst infolge unserer peinlichen inneren Lage, die eine Folge der Kriegsverlängerung ist. Ohne einen demokratischen, rasch abgeschlossenen Frieden ist die russische Revolution von den schwersten Gefahren bedroht. Wir erwarten vom französischen Proletariat, daß es unsere Revolution unterstützt, und hoffen, daß es sich einmütig für die Konferenz in Stockholm und für einen direkten, demokratischen Frieden einsetzen wird.

Unterschieden ist das Telegramm von Agelrod und Goldensberg.

Maximalistische Schwärzung des Petersburger Sowjet.

Bezeichnend für die radikale Föhrung, die der Petersburger Arbeiterrat nach Austritt des alten Vorstandes angenommen hat, ist es, daß nach 22 Mitgliefern des Tätigkeits-Ausschusses jetzt 13 Maximalisten, 6 Sozialrevolutionäre und 3 Minimalisten sind. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats ist der im Mai über Schweden aus Kanada zurückgekehrte Trotski, der von den Engländern mehrere Wochen in Halifax zurückgehalten wurde. In den letzten Tagen wurde auch die revolutionäre Frau Tolstaja in den Vorstand des Arbeiters und Soldatenrats gewählt. An der Spitze der Kandidatenliste der Maximalisten für die Sobranie stehen, nach dem Petersburger Blatt „Rust“, die Namen Lenin und Enlowien. Die verschiedenen sozialistischen Parteien forderten den neuen Minister des Innern, Nikitin, auf, aus der Partei auszutreten. Nikitin sei kein Arbeiter während des Eisenbahnerstreiks. Auch sei Nikitin nicht von Partei wegen in die Regierung eingetreten, sondern auf persönliche Veranlassung Kerenskis.

Wichtige Ururtheile in Eisenfeld.

Das Kronenberger Blatt „Kollifon“ weicht aus Besorgnis: Die gegenrevolutionäre Propaganda, die Schandurtheile und die Disorganisation bei den lokalen Behörden hat in letzter Zeit derartig zugenommen, daß wir aus verlässlichen Quellen gemeldet wird, ernste Ururtheile zu erwarten. So meldet ein Telegramm aus Charkow: Mehrere hundert Elemente der Bevölkerung haben in Verbindung mit Deserteuren die Stadt zu plündern begonnen. Die Truppen wollten ausweichen, aber es gelang ihnen nur nach großen Anstrengungen, die Plünderer zu erschrecken und die heimtückischen Missethäter, die Karren-Gewehrfreier unterstellten, zu erschrecken. Über die Stadt wurde der Besatzungsstand erhöht. Auch aus Odessa in der Provinz Moldawien, aus Brankowa in Bessarabien, aus Tiraspol in der Provinz Kischinew, aus Mtschen und anderen Stellen werden Ururtheile gemeldet.

Die Lage der russischen Front.

Der Krieg hat wohl viele Konsequenzen gehabt, aber die Maßnahmen auf lokaler Ebene sind noch zu ergreifen, um den Krieg nicht eskalieren zu lassen. Die Lage der russischen Front ist im Moment nicht so ernst, wie sie in den letzten Monaten war. Es muß geschehen, wenn lebensfähige Säuglinge geboren werden sollen!

Die Forderungen der Sozialdemokratie sind bekannt und müssen, wenn man es wirklich ernst mit dem Sozialismus nimmt, auch ihre Verwirklichung finden. Werden jetzt auch viel Frauenhände zur Arbeit gebraucht, ein genügender Mutterersatz braucht beschafft nicht verweigert werden, denn noch sind Unfähige da, die in der Heerarmee noch nicht mitwirken. Möge man sie heranziehen und unsere werdenden Mütter, alsbald als ledig oder verheiratet, dafür helfen. Es muß aufhören, daß man Frauen in schwermere Arbeit in Schweißereien, an den Drechsbänken, an den Web- und Webstuhlmaschinen, an der Anfang des Krieges wurde von einzelnen Frauen werdenden Müttern vom dritten Monat der Schwangerschaft an eine Subsidy von 3 Mark pro Woche gegeben, leider handelt es sich hier nur um Kriegerfrauen. Der Staat muß es unbedingt als seine heiligste Pflicht ansehen, dieses und noch mehr für alle Frauen der Arbeiterklassen zu tun. Unsere werdenden Mütter muß die Zeit der Schwangerschaft erleichtert werden: sie müssen sich des kommenden Kindes freuen können, wie die Frauen der besitzender Volksklassen. Unterstützt der Staat seine werdenden Mütter dann wird, verbunden mit der Reichswohlfahrt, schon viel für den Säuglingschutz geschehen sein. Dann werden wir Mutter und Kinder haben, wie sie das Bild zeigt zur Werbung für die Mittel zum Säuglingschutz, kann werden sich auf die Wort bewahrheiten, die darunter stehen: „In unseren Kindern liegt Deutschlands Zukunft.“

Dazu gehört aber, daß alle Arbeiterinnen mit uns Kämpfer für diesen geforderten Schutz. Jede Genossin und Arbeiterin suche die Versammlungen, die jetzt veranstaltet werden. Jede Genossin muß auch dafür eintreten, daß neue Mitglieder für die Partei gewonnen werden, daß unsere Parteizahlen und unser „Gleichheit“ in keiner Arbeiterfamilie fehlen. Geschicht dann kommt auch nach außen zum Ausdruck, daß es mit unserer Forderungen ernst ist.

Luise Köhler.

Schutz den Kartoffeln.

Schutz gegen Frost und Fäulnis sind die Grundlagen für jede Kartoffelzucht. Deshalb müssen die Räume, in denen die Kartoffeln gelagert werden sollen, frostfrei, aber nicht zu warm sein. 2-6 Grad ist die Temperatur, bei der sich die Kartoffeln am besten halten. Außerdem ist für genügende Durchlüftung Sorge zu tragen, da sie sich sonst erhitzen und in Fäulnis übergehen. Daher sind Räume, in denen Kartoffeln liegen, durch Lüftungsvorrichtungen, Öffnen der Fenster usw. gut zu durchlüften. Im Herbst benutzt man dazu die kühleren Nächte, im Winter die frostfreien Tage. Räume, die bei guter Durchlüftung nicht auf 6 Grad abkühlen sind, sind ungeeignet zur Aufbewahrung.

Kartoffeln, die sich halten sollen, müssen gesund sein. Daher sind alle Kartoffeln, die längere Zeit aufbewahrt werden sollen, beim Einbringen oder bald nachher zu waschen und alle tranke oder verletzten Kartoffeln zuerst zu verwerfen.

Nicht alle Kartoffelsorten eignen sich für eine lange Lagerung. Welche Sorten, wie Imperator, Up to date und ähnliche, sind daher zuerst zu verbrauchen.

Auch in geeigneten Räumen dürfen Kartoffeln nicht zu hoch aufgeschüttet werden. Eine Schütthöhe von 1 Meter ist im allgemeinen richtig. Bei Massenlagerungen sind Gänge frei zu halten, und wenn möglich noch Durchlüftungslöcher anzubringen. Besteht der Boden aus Zement, so legt man am besten noch ein Leinwand unter, so daß die ganzen Kartoffeln hoch liegen. In Räumen lagernde Kartoffeln brauchen nicht noch bedeckt zu werden.

Wenn eine nach dem dritten Buche der Reichsversicherungsordnung versicherte Person bei Herstellung von Kriegsbedarf sich eine Gesundheitschädigung durch nitrierte Kohlenwasserstoffe der aromatischen Reihe (zum Beispiel Dinitrobenzol, Trinitrotoluol, Trinitroanisol) zuzieht und infolge ihrer Einwirkung stirbt, so sind Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Reichsversicherungs-

Der amtliche Kriegsbericht.

10000 Gefangene auf Desel.

Westliches Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In der Mitte der flandrischen Front war auch gestern der Feuerkampf stark. Besonders in den Abend- und heutigen Morgenstunden war das Feuer im Southousterwald und südlich von Bajendaele gesteigert. Bei Draibant morgens vorrückende Erdunungsabteilungen wurden zurückgeworfen.

Zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe, sowie südlich von St. Quentin nahm bei Vorfeldgefechten auch die Feueraktivität zu.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons hat sich die seit Tagen lebhaft: Kampftätigkeit zur Artilleriegeschlacht entwickelt, die seit gestern früh vom Ailette-Grunde bis Braye mit sehr kurzen Pausen andauert.

Auch die Batterien der Nachbarabteilungen beteiligten sich am Feuerkampf.

Vor der Aisne bis auf das Ostufer der Maas nahm an vielen Stellen der Front das Feuer gleichfalls erheblich zu.

An der Nordwestfront von Verdun stießen zu frühem Handreich gestern morgen badische Sturmtruppen auf der Höhe 344, südlich von Somogneux, in die französischen Gräben vor, zerstörten 5 große Unterstände und stürzten die Besatzung, soweit sie nicht im Nahkampf fiel, gefangen zu rück.

Abends machte der Feind zwei Gegenangriffe gegen die genommenen Grabenrücken; beide Male wurde er zurückgewiesen.

Im ganzen wurden gestern 13 feindliche Flugzeuge zum Abbruch gebracht.

Zu Erwiderung eines Fliegerangriffs auf Frankfurt a. M. wurde gestern erneut Nancy mit Bomben beworfen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Sichtung der auf der Insel Desel gemachten Werte ist bisher folgendes Ergebnis: 10000 Gefangene von zwei russischen Divisionen, noch Moon sind nur wenige hundert Mann entkommen, 50 Geschütze, davon einige unversehrt, schwere Maschinen und einige Feldbatterien, zahlreiche Waffen und vollständiges Kriegsgerät.

Telle unserer Seeestreitkräfte drangen durch die Minenfelder des Mittelischen Meerbusens bis zum Südausgang des großen Moskauer Vor, wohin sich etwa 20 russische Kriegsschiffe nach ihrem Gescheit zurückzogen.

Die russischen Batterien auf Wei bei Moon und auf Wedder an der estländischen Küste wurden zum Schweigen gebracht.

Andere unserer Flotteneinheiten stehen in den Ostteil der Dajdar-Wiel und sperren die Durchfahrt nach Westen.

Zwischen Dünaburg und Donau arder einigen Vorstößen russischer Aufklärer keine größeren Kampfhandlungen.

Makedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Seite Generalquartiermeister. Lubendorff.

en. Höchstens darf es bei Krostgefahr vorübergehend geschehen. Im Haushalt verwendet man am besten höhlstehende Risten, bei denen der Boden aus Laten besteht, oder die im Handel erhältlichen Kartoffelkisten.

Bei allen Lagerungen aber vergesse man nie, daß die Kartoffel empfindlich ist, und daß alles unnötige Schütten und Wenden sowie das Betreten der Kartoffelhaufen mit ungeschützten Schuhen Verletzungen herbeiführt, die Anlaß zu Fäulnis werden können.

Die Hauptstellen für Pflanzenschutz, die in allen Bundesstaaten, in Preußen in jeder Provinz vorhanden sind, sind in der Lage, beratend bei der Kartoffellagerung mitzuwirken.

Die Versammlung der Bürgerchaft, die im Montag, dem 22. Oktober, abends 6 Uhr, stattfindet, soll folgende Tagesordnung haben: I. Bericht eines Ausschusses über die Tätigkeit der Bürgerchaft des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Gewährung der jährlichen Beiträge von 3000 Mk. an den Verein für libidische Geschäfte und Altersumsunde. 2. Verlängerung der Amtszeit der bürgerlichen Mitglieder bei der Wahlbehörde für Wohnungssache. 3. Nachträgliche Genehmigung und Anweisung der den Behörden im Rechnungsjahre 1916 aus Anlaß des Krieges erwachsenen außerordentlichen Ausgaben. 4. Nachbewilligung auf Artikel 28 (Schuldenverwaltung) des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1916 Ermächtigung der libidischen Beauftragten für Hypotheken zur Verteidigung der von ihr bestehenden Hypotheken. 6. Erweiterungsbau für die Schule in Moissing. 7. Nachbewilligung von 6000 Mk. für die Erweiterung des Schulhauses. 8. Anstellung eines Installations- und Rinderhals- und praktisches Kinderarztes. 9. Erlass einer neuen Ordnung für die Baubehörde. 10. Herstellung eines Umschlages bei den Israelsdorfer Wiesen. 11. Nachbewilligung auf die Kosten der Errichtung einer Kaimauer an der Westseite des zweiten Hafens gegenüber der Wallhaubinsel. 12. Herstellung von Kleinwohnungen auf dem Grundstück Pallaststraße Nr. 1. 13. Erweiterung der Feuerwache in der Hanjastraße. IV. Antrag Dr. Fröh: In Erwägung, daß die jetzige Zeit die Notwendigkeit der Erbauung einer Straßenbahn bis nach Travemünde hin in erhöhtem Maße darzulegen hat, in Erwägung, daß die finanziellen Verhältnisse der Straßenbahnen Lübecks und insbesondere der städtischen städtischen Verkehr auf der Strecke Bahnhof-Rüditz ein finanziell günstiges Ergebnis für die Strecke Rüditz-Travemünde erwarten läßt, ersucht die Bürgerchaft den Senat, ihr eine Vorlage auf Erbauung der Straßenbahnstrecke Rüditz-Travemünde entgegenzubringen, und die Verkehrsbehörde zu beauftragen, die Einzelpläne aufzustellen und sie in möglichst kurzer Zeit zu beenden, damit bei Annahme des Antrages mit Beendigung des Krieges mit dem Bau der Bahnstrecke begonnen werden kann.

Gewährung von Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten bei Gesundheitschädigung durch aromatische Nitroverbindungen. Der Bundesrat hat am 12. Oktober 1917 auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) eine Verordnung erlassen, die im wesentlichen folgendes enthält: Wenn eine nach dem dritten Buche der Reichsversicherungsordnung versicherte Person bei Herstellung von Kriegsbedarf sich eine Gesundheitschädigung durch nitrierte Kohlenwasserstoffe der aromatischen Reihe (zum Beispiel Dinitrobenzol, Trinitrotoluol, Trinitroanisol) zuzieht und infolge ihrer Einwirkung stirbt, so sind Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Reichsversicherungs-

zungsordnung auch dann zu gewähren, wenn der Tod nicht als Folge eines Unfalls, sondern als Folge einer allmählichen Einwirkung der genannten Stoffe anzusehen ist. War der Verstorbene in mehreren Betrieben beschäftigt, welche die im § 1 genannten Stoffe herstellten oder verarbeiteten, so hat derjenige Versicherungsträger die Bezüge festzusetzen und zu gewähren, dem der Betrieb angehört, in welchem der Verstorbene zuletzt mit jenen Stoffen beschäftigt worden ist. Diese Verordnung gilt rückwirkend für die seit dem 1. August 1914 eingetretene Todesfälle. Die Frist zur Anmeldung von Ansprüchen aus zurückliegenden Todesfällen läuft frühestens mit dem 1. Februar 1918 ab. Ansprüche auf Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten, die seit dem 1. August 1914 rechtskräftig abgelehnt worden sind, weil die schädigende Einwirkung der im § 1 genannten Stoffe nicht die Folge eines Unfalls gewesen ist, hat der Versicherungsträger nach den Vorschriften dieser Verordnung zu prüfen. Führt die Prüfung zu einem dem Berechtigten günstigeren Ergebnis oder wird es von dem Berechtigten verlangt, so ist ihm ein neuer Beschäft zu erteilen.

Gesuche um Bestellung von Soldaten zu Arbeitszwecken für Stadt und Gebiet Lübeck sind ausschließlich an das Garnisonkommando, Fleischhauerstraße 20, zu richten. Jeder andere Weg bedeutet eine Verzögerung. Handelt es sich um die Bestellung eines bestimmten Mannes, ist die militärische Adresse möglichst genau anzugeben. Die Hilfe des Garnisonkommandos muß sich auf die Fälle dringender Not beschränken, in denen auf dem freien Arbeitsmarkt Kräfte nicht zu erlangen sind, auch mit Frauen oder Jugendlichen nicht geholfen ist. Wo weibliche Kräfte oder Jugendliche, nach der Art der Arbeit, diese übernehmen können, muß auf sie zurückgegriffen werden. Die kommandierten Mannschaften sollen, je nach ihren Leistungen, nicht niedriger entlohnt werden, als freie Arbeiter, und dürfen den tarifmäßigen oder, wo ein solcher nicht feststeht, ortsüblichen Lohn erhalten. Die schnelle Erledigung aller Gesuche wird am besten gefördert durch genaue Angaben, für welche Arbeiten Leute benötigt werden, in welcher Zahl und für welchen Zeitraum, ferner inwieweit ein militärisches oder volkswirtschaftliches Interesse in Frage kommt und welche Schritte auf dem freien Arbeitsmarkt getan sind. Für alle Betriebe, die dem Garnisonkommando nicht schon aus früheren Eingaben oder sonst bekannt sind, bedarf es außerdem einer Bescheinigung der zuständigen Behörde (Polizeiamt, Handels-, Landwirtschafts-, Gewerbesammer usw.) über die Notwendigkeit der beantragten Hilfe.

Beschlagnahme von Holzstoff. Heute ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Holzstoff und Strohstoff in Kraft getreten, welche alle vorhandenen und zukünftig hergestellten oder eingeführten Mengen dieser Stoffe ergreift. Die Veräußerung und Lieferung von Holzstoff und Strohstoff ist bis zum 1. Dezember 1917 ohne Bewilligung, nach diesem Zeitpunkt nur gegen Bewilligung der Zellstoff-Verwertungsstelle, Charlottenburg, Joachimsthalerstraße Nr. 1, gestattet. Der Wortlaut dieser Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Das Schwurgericht verhandelte gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit in zweiter Sache gegen die Ehefrau Cordes und Richter wegen Verleitung der Leibesfrucht. Die Angeklagte Cordes wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, während die Verlethung gegen Frau Richter verjagt werden mußte, da sie im Gerichtsfall einen Krampfanfall erlitt. — Auch die für heute angelegte Sache gegen Karow wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung mußte vorläufig verjagt werden, da ein wichtiger Zeuge nicht erschienen war.

Die Kriegsgefangenen bei Friedensschluß. Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Müller-Reinungen über das Meldebewesen der Kriegsgefangenen und über die Möglichkeit, daß Gefangene über den Kriegsschluß hinaus vom Feinde zurückgehalten werden, ist vom Stellvertreter des Reichstagsabgeordneten folgende schriftliche Antwort erteilt worden: „Das Meldebewesen ist im gegenwärtigen Kriege so ausgestaltet worden, daß — mit verschwindenden Ausnahmen — über jeden in Gefangenschaft geratenen Heeresangehörigen eine Meldung vorliegt. Es würde also den feindlichen Staaten unmöglich sein, einzelne Gefangene unbemerkt zurückzuhalten. Bei den Friedensverhandlungen wird dieser Fall besonders im Auge behalten und Vorkehrungen getroffen werden, um ähnliche Vorkommnisse wie im Jahre 1871 unmöglich zu machen.“

Nachrichtige. Wie im verflochtenen Winter, beabsichtigt der Nationale Jugenddienst auch im beinahenden Winter Unterricht im Anfertigen und Ausbessern von Schuhzeug einzurichten, und zwar gemeinschaftlich mit dem Hausfrauenverein. Die Zeit ist auf nachmittags 2-5½ Uhr und abends 6 bis 9½ Uhr festgelegt. Jeder Lehrgang umfaßt 6 Nachmittage oder Abende und kostet 1.50 Mk. Anmeldeungen schon jetzt Roschstraße 1a. An die Bewohner Lübecks richten die veranstaltenden Vereine die dringende Bitte um Uebersendung von passendem Material an die genannten Sammelstellen. Für Schuhzeug sind auch kleine Reste an Zeug, feiner Lederriemen und ähnliches, alte Sanddäuche, Filzhüte usw. brauchbar, die sonst kaum verwendet werden können.

6-Uhr-Ladenöffnung an Sonnabenden. Das Polizeiamt macht jetzt bekannt: Alle Läden sind um 5 Uhr, Sonnabends um 6 Uhr abends zu schließen. Die beim Ladenabschluss im Laden anwesenden Kunden können noch bedient werden. Die künstliche Beleuchtung der Läden muß um 5½ Uhr, Sonnabends 6½ Uhr abends vollständig aufhören.

Einem „lustigen Abend“ veranstalteten die Herren Haase und Hirsch vom Hamburger Stadttheater gestern Abend im Marmorpalast. Die beiden „Tergenosser“, wie Hirsch sich scherzhaft ausdrückte, hatten ein recht reichhaltiges Programm zusammengestellt und unterhielten damit zwei Stunden lang das Publikum, das sich für jede Nummer recht dankbar erwies. Nicht selten hatte man jedoch das Gefühl, daß dem Vortrag der rechte Humor, die wirkliche komische Gestaltungskraft fehlte, über die Salzer und Blaut in so reichem Maße verfügten.

Im Oskia-Theater gelangt jetzt die sogenannte Operetten-„Volle Liebe kommt die Lieb“ gequants“ zur Aufführung. Die Handlung ist recht beißend. Es wird darin mit dem bekannten Mittel gearbeitet. Erwähnt sei, daß dem Komponisten ein paar leidliche Walzerlieder gelungen sind. Die Darsteller gaben sich viele Mühe und taten alles, was in ihren Kräften stand, das Publikum zu erheitern.

Renjefeld. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern morgen gegen 9 Uhr in der Wohnung des Arbeiters Fritz Wulff in der Lindenstraße. Die hochschwangeren Ehefrau des im Felde stehenden Mannes wollte auf einer Leiter zu Boden steigen. Infolge Verwackelns der Leiter fiel die Bedauernswerte herab und zog sich dadurch innere Verletzungen zu. Sie starb leider auf dem Transport ins Krankenhaus an innerer Verblutung. Vier kleine Kinder sind so mutterlos geworden. — Von Dieben abgeschlachtet wurde auf der Weide eine Stute des Hufners Fr. Lampe in Gr. Parin. Hinter einer kleinen Erdbühnung fand man am andern Morgen das Fell und die Ueberreste bis auf ein Hinterviertel, das die Diebe mitgenommen hatten.

Mitona. Tödlicher Straßenbahnunfall. Beim vorzeitigen Verlassen eines Straßenbahnwagens in der Allee geriet gestern Abend der Gefreite Freiherr v. Feldheim unter den Anhängergewagen und trug schwere Verletzungen davon, denen er bald nach seiner Einlieferung im städtischen Krankenhaus erlegen ist.

die Regierungen zu bekämpfen, die offen oder hinterhältig die Bestrebungen gegen den von uns geforderten Frieden fördern. Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsforderungen bewilligen und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig in allgemeinen und in den wichtigsten Einzelfragen zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt oder deren Handlungen ihren Zusicherungen widerprechen.

Naske: Keine feindliche Regierung hat bisher Friedensgenauigkeit gezeigt. Die Friedensresolution des Deutschen Reichstages ist aber auch nach Hoch ehrlich gemeint. Wenn er die Antwort auf die Papstnote herabsieht, so dient er damit Deutschland nicht. In der Ehrlichkeit der deutschen Friedensbereitschaft ist nicht zu zweifeln. Kredite haben wir niemals der Regierung bewilligt aus Liebe für die Junker und Kapitalisten. Die deutschen Arbeiter haben sich geschlagen, um die feindliche Invasion fernzuhalten. Dank unserer Arbeit hat der deutsche Arbeiter etwas zu verlieren und darum die Zustimmung des ganzen Volkes zu unserer Haltung. Natürlich ist die Stimmung abgeflaut, aber Wahrheit war es, daß eine Anzahl Reichstagsabgeordnete dem nachkommen und sich dadurch zwischen zwei Stühle setzten. Wir haben nicht Schautelpolitik zu treiben, sondern das zu tun, was den Arbeitern frommt. Die Landesverteidigung steht in unserem Programm und auch nach dem Kriege werden die Landesverteidigungsfragen von größter Bedeutung sein. War es ein deutscher Eroberungskrieg, als England uns den Krieg erklärte? (Sehr gut!) Jedes Mittel zur Kriegsendigung ist mir recht, aber international sein heißt, daß das Proletariat in allen Ländern zu gleicher Zeit und mit gleichen Mitteln auf das Kriegsende hinarbeitet. Das ist in Stockholm nicht gelungen. Unsere Kreditverweigerung würde den Krieg nicht beendigen. Gollern wir, während unsere Leute draußen im Feuer zehntausender Geschütze liegen, während draußen die Hölle schreit, die Mittel zur Landesverteidigung verweigern? Das würde die Kampffähigkeit unserer Truppen erschüttern, würde die Gefahr der Invasion bedeuten. (Zustimmung.)

Brücker-Berlin: Die Politik hat sich erfreulich von der Phrase entfernt. Sie muß aber dem Volke noch besser bekannt werden dadurch, daß eine Zentralstelle wöchentlich, ja sogar täglich kurze Tätigkeitsberichte in das Gedächtnis der Arbeiter hämmert. Den Vorgesängen in Preußen muß der Parteivorstand mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Die Friedensaktion hat die Preußenfrage zurückgestellt. Wie konnte Heilmann, statt den Volksruf nach demokratischem Wahlrecht in Preußen zu stärken, sagen, daß damit Zeit ist bis nach dem Kriege. (Zustimmung.) Nein, man muß das Essen schmecken, solange es warm ist. Die Abstimmung der Unabhängigen im Reichstag hat gezeigt, daß sie lieber mit Heubrand und Westarp gehen als mit den eigenen Klassengenossen. Als ich bei Kriegsausbruch von Birmingham heimkehrte und in ganz Deutschland die ungeheure Begeisterung ankamte, sah ich, daß gar viele Arbeiter bei den Siegesnachrichten lachten. Hätte die Fraktion eine andere Stellung eingenommen, wer weiß, welchen Eindruck das im Lande gemacht hätte. Die Ernährungsnotwendigkeiten, die lange Kriegsdauer haben die Stimmung geändert, aber Meinungsveränderungen müßten doch in ähnlichem Geiste ausgeprochen werden. Redner begründet den Berliner Antrag, der den parlamentarischen Verordnungen entlichenes Aufrecht in den Parlamenten zur Pflicht machen will, damit die Parteidisziplin im Parlament durch Parteitagbeschlüsse vorgeschrieben wird.

Emmel-Mühlhausen i. Gl.: Wohl war bei Kriegsausbruch die Volksstimmung überall für die Kreditbewilligung; aber das, was gegen 1870 Hebel und Liebknecht die Junker eingeschlagen wurden, haben wir später als ihre größte Tat anerkannt. Will man energisch gegen den Krieg Front machen, so muß man irgendwo beginnen und wir verlangen, daß das von uns in Deutschland geschehe, weil uns das am nächsten liegt. (Zuruf: Welches am gefährlichsten ist?) Genau Genossen im Freie fordern die Kreditverweigerung. Man bewilligt Kredite ja doch der Regierung, die das Geld ausgibt. Ebert hat im Reichstag der Regierung den härtesten Kampf angelegt. Wie kann man da der Partei noch zumahen, ist die Mittel zu bewilligen? Für einheitliches Vorgehen im Parlament sind auch wir, aber es muß jedem unbenommen bleiben, sich der Abstimmung zu enthalten. In der eckig-löcherlichen Frage kann nur von einem Selbstbestimmungsrecht im Rahmen des Deutschen Reiches die Rede sein. Würde das Gesetz über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden können, warum nicht auch Hessen, Mecklenburg, Thüringen? Wirklich ist das Gesetz über die Zugehörigkeit in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingeschrieben und seine Losreißung würde zu den schwersten Schädigungen führen. Die Sozialdemokratie muß aber mit größter Entschiedenheit gegen den nach so langer Kriegsdauer auch im Operationsgebiet unerrätlichen Belagerungszustand kämpfen, dessen Aufhebung im dringenden Interesse des Deutschen Reiches liegt.

Reigand-Bremen: Durch Kreditverweigerung einseitig in Deutschland wird der Frieden nicht gefördert; erst müßte eine internationale Verständigung der Sozialisten vorangehen, andernfalls machen wir unsere Situation in Deutschland unmöglich. Durch Kreditverweigerung wäre auch der Belagerungszustand nicht beendet, sondern nur verschärft worden. In Kriegsbeginn waren wir auch in Bremen mit der Fraktion einverstanden, nahmen aber weitgehendste Rücksicht auf den abweichenden Standpunkt unserer Abgeordneten. Dann aber kamen Rosa Luxemburg und Franz Mehring und legten in gemeinsamer Weise gegen die Fraktion. Ebert hat die Opposition nur die Zerstückelung der Partei, für den Frieden aber hat sie nichts durchgesetzt. Unsere Fraktion aber hat eine bürgerliche Mehrheit gezwungen, in der Friedensfrage mit uns zu gehen. Hätte das bei der Kreditbewilligung erreicht werden können? Auch die Oster- und Jubiläumstag sind Erfolge der praktischen Arbeit der Fraktion. Wir müssen also auch für die Zukunft durchaus freie Hand für sie lassen. Redner begründet dann einen Antrag Bremen, die Kriegsbekämpfungsgesetzgebung und Hinterbliebenenversorgung den Rechtsregeln der Reichsverfassung zuzuschreiben.

Lein: Die Einbeziehung des 4. August war in der Tat ein weitgeschichtlicher Wendepunkt, aber wie sollte man dann sagen: „Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben.“ Die überwiegende Mehrheit des Ja- und Auslandes hatte eine andere Entscheidung erwartet. Die Fiktion aus den heiligen Schriften von Marx und Engels beweisen dagegen gar nichts. Man kann dreimal so viel Engagements für die Zukunft annehmen, aber entscheidend sind nicht die Absichten, sondern entscheidend war die weitgeschichtliche Situation des Augenblicks. Und darum sollte man an Davids Reimart die weitgeschichtliche Basis, ohne die wir nicht zum geschichtlichen Verständnis kommen. Tatsächlich ist doch am 4. August die alte internationale proletarische Bewegung, die Urfrage war die brutale Tötung der englischen Arbeiterklasse, an deren Aufrechterhaltung auch die englische Arbeiterklasse interessiert war. Deshalb war die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder bisher nur eine Idee, keine Wirklichkeit. Wie wird es in Zukunft werden? Aber einseitig werden wir mit den gegebenen Tatsachen rechnen. Eine glatte Lösung der Friedensfrage ohne Kräfte gab es überhaupt nicht. Den Widerspruch zwischen Kreditbewilligung und Ablehnung der Militärleistungen in der Friedensfrage hat auch David nicht aus der Welt geschafft. Was das nicht — vollständig gesch — auch früher schon eine Schandtat der nationalen Interessen? Können wir noch so leicht die eine Seite sagen, daß die geschichtliche Entwicklung im Ganzen gegeben hat. Aber leider hat sich noch so viel an unüberwindlichen Schwierigkeiten abgetragen, um so ernstlich gegen uns zu sein. Wir können den Krieg nicht vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus betrachten, sondern als revolutionäre Aufgabe. Werden wir also die Revolutionierung im eigenen Lande nicht so tun? (Lebhafter Beifall.)

Reierfeld-Köln: Emmel hat sich auf die Volks- und Arbeiterbewegung bezogen, das ist herzlich, aber nicht immer wahr. (Sehr wahr!) Redner führt sich auf die soziale Lage der Arbeiter und auf den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse zurück.

deutschen Volke am 4. August 1914 wie am 19. Juli 1917 gehandelt. Die Resolution vom 19. Juli kann nicht erst ein Erfolg werden, sondern ist es bereits. (Sehr wahr!) Auf diesem Wege werden wir weitergehen. Wir dürfen darum nicht festgelegt sein, auch nicht auf das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, wie Winig möchte. Die Resolution des 19. Juli war eine Großtat der Partei, deshalb trifft der Haß der Alldutschen auch uns und nicht die Unabhängigen, die sich ja fortwährend mit Westarp und Heubrand gerührt in die Arme sinken. Darum genießen sie in gleicher Weise die Zuneigung der Alldutschen wie der Feinde im Ausland. (Sehr wahr!) Wir jagen der Regierung Michaelis, die faul, traff- und hilflos umhertreibt, den härtesten Kampf an, wir überlegen, ob wir dieser Regierung die notwendigen Mittel zur Verteidigung des Landes weiter in die Hand legen können. (Hört, hört!) Wir fordern eine starke Regierung mit klarumrissenen Friedenszielen. Wir brauchen Klarheit vor allem auch über Belgien, den Liebling der Welt und den Angelpunkt des Krieges für England. Wir sprechen Deutschland nicht von aller Schuld frei, wir geben Professor Haller Recht, daß Schuld an dem Kriege die englische Einkreisungspolitik sei, aber die Schuld an der Einkreisungspolitik trägt die Weltmacht des Fürsten Bülow. Wir sind aber einmal in den Mahstrom des Krieges geraten und müssen jetzt das Volk, so gut es geht, vor dem ärgsten Schaden bewahren. Die Zukunft wird unsere Haltung glänzend rechtfertigen. Vom Kriege geht eine neue Zeit aus und wir wollen und müssen dabei sein. (Lebhafter Beifall.)

Stamper-Berlin: Erfreulicherweise haben wir keinen Katholikentag hier bekommen, sondern tragen unsere inneren Gegensätze offen hier stets aus. Unsere Taktik hat seit dem Sozialistengesetz natürlich große Wandlungen durchmachen müssen, die hoch vergeblich abgelenkt. Wir müssen jetzt zu einer politischen Forderung und unmittelbarer Wirksamkeit übergehen. Wir sind zu groß geworden, um ohne praktische Resultate heimkommen zu dürfen. Wir dürfen natürlich nicht blindlings annehmen, aber wir müssen uns auch freihalten vom Ablehnungskoller der Unabhängigen. Statt des starren Systems brauchen wir eine geschmeidige Taktik, volle gradlinige Verfolgung unserer Ziele, volle Freiheit in der Wahl unserer Mittel. So werden wir zum Siege gelangen. (Beifall.)

Löbe-Breslau: Was lenkt die Aufmerksamkeit der Welt auf diesen Kriegsparteitag? Man erwartet eine klare Stellung zum jetzigen Stand der Friedensfrage, zur Regierung Michaelis und zur Tätigkeit unserer Fraktion. Diese klare Stellung will eine Resolution geben, deren endgültige Formulierung noch erfolgt, die aber bereits 118 Unterschriften trägt. Wir billigen darin die Gesamttätigkeit und Gesamtaufassung der Fraktion. Dabei bleiben natürlich einzelne Einwendungen durchaus offen, z. B. ob nicht Haase am 4. August die Pflicht gehabt hätte, sofort gegen das Unrecht in Belgien zu protestieren oder ob nicht schärfer gegen den U-Boot-Krieg hätte protestiert werden sollen und ob der Reichstag nicht in letzter Zeit wiederholt zu rasch auseinandergegangen ist. Aber im ganzen hat die Tätigkeit der Fraktion seitdem weit über die Reihen unserer Genossen hinaus gefunden. Indem sie dem Lande dienste, schuf sie zugleich für die Partei eine günstige Situation. Wir haben den Keimansatz im Volke nicht verloren, auch nicht durch die Unabhängigen. Nur bei der Trennung der Partei haben die Unabhängigen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, seitdem nicht mehr. Die ganze Welt und der internationalen Haß der Alldutschen richtet sich gegen uns. Wir wollen ihn weiter verdienen, indem wir in unserer Resolution den härtesten Kampf gegen die imperialistisch-kapitalistische Gruppe proklamieren. Wir akzeptieren in dieser Resolution die Friedensformel „ohne Annexionen und Entschädigungen“ und billigen die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli, die Antwortnote an den Papst und die Tätigkeit der deutschen Delegierten in Stockholm. Wir verlangen von der Regierung unbedingte Klarheit. Kriegskredite soll die Fraktion bewilligen, soweit das Interesse der Landesverteidigung es gebietet. Wir lehnen weiter jede Verantwortung ab, wenn die Regierung die demokratische Neugestaltung im Reich und in den Bundesstaaten verweigert oder verzögert. Für diese scharfe Klarstellung sollten wir eine erdrückende Mehrheit finden. Uns schaudert vor dem vierten Kriegswinter mit seinem ungeheuren Elend, uns schaudert vor neuen Großkampagnen. Kein Tag soll vergehen, ohne daß wir für die rasche Beendigung dieses entsetzlichen Gemetzels eintreten; kein Tag des verheerenden Krieges soll solchen Eroberungen gewidmet sein. Mit dieser Parole werden wir das ganze Volk auf unsere Seite zwingen. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter David-John-Berlin: Unzweifelhaft bestehen in Arbeiterfamilien immer noch augenblickliche Notstände, gegen die wir fortwährende sozialpolitische Aktionen einleiten müssen, die ein unmittelbares Eingreifen verlangen. Ein solches fordert ein Antrag meines Wahlkreises Grünberg gerade aus den Erfahrungen der dortigen Textilarbeiter heraus, die vielfach trotz ungeheurer Gewinne der Unternehmer noch ganz jammervolle Löhne haben. Normalarbeitszeit und Minimallohne müssen zu unmittelbaren Tagesforderungen erhoben werden. (Beifall.)

Winig-Hamburg: Als Massenpartei haben wir eine gewisse taktische Schwerfälligkeit. Das hemmt in einem gewissen Maße die verteilte Begründung unserer neuen Handlungsweise während des Krieges. Der Reichstag ist während des Krieges viel populärer geworden, obwohl er sich bei den Regierungskreisen nicht beliebt machen konnte. Als er zum erstenmal über die Zusammenziehung der Regierung befragt wurde, stürzte er den einzigen Kanzler, von dem man den Wunsch haben mußte, daß er bleibe. Der Kanzler der Neuorientierung und des Verständigungsfriedens, der an Durchbildung und Redlichkeit unter den Staatsmännern weit hervorragte. Das muß der Reichstag durch Beilegung des jetzigen Kanzlers wieder gemachen. Die Worte Eberts in der letzten Sitzung waren für viele Genossen eine wahre Erlösung. Die dringende Aufgabe der deutschen Politik ist jetzt, daß der Reichstag bestimmenden Einfluß auf die Regierung erlangt. Dazu bedürfen wir nicht so sehr einer Verfassungsänderung als einer zielbewußten und arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit. Ohne diese ist keine Parlamentarisierung möglich. (Sehr wahr!) Die Reichstagsmehrheit darf nicht auseinanderfallen, sondern muß sich auf feste Mindestforderungen einigen. Gewiß gibt man bedacht eine gewisse Beweglichkeit auf, aber der positive Gewinn ist größer. Wir müssen aus der jetzigen schwierigen Situation herauskommen, was überhaupt in ihr liegt. Das gegebene Kampffeld für die nächste Zeit ist das Parlament. Eine Arbeiterklasse, deren Fortschritt durch praktische, organisierte und parlamentarische Arbeit gefördert werden kann, ist niemals gewillt, Revolution zu machen. Die Zukunft kann uns neue Situationen bringen. Wir müssen bereit sein, zur parlamentarischen Taktik aber auch dazu, im Sturm und Drang niederzureißen, was zum Schaden sein ist. Im Augenblick aber müssen wir die Beilegung des Parteitagbes dazu bekommen, daß die Fraktion mit ganzem Gemisse fortgehen kann, was sie in Zusammenarbeit mit anderen Parteien gewonnen hat. Wir müssen den Weg frei machen für die neue Taktik. (Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden am nachmittags verlegt. Der Parteitag hat heute über die Stellung der Partei zur Frage der Bewilligung der Kriegskredite entschieden. Mit übergroßer Mehrheit, nämlich mit 282 gegen 14 Stimmen, sprach sich der Parteitag für die Bewilligung der Kriegskredite aus, nachdem ein Gegenantrag mit 28 gegen 28 Stimmen abgelehnt worden war.

Die Kriegslage.

Am 16. Oktober steigerte sich auf dem Hauptkampffeld der Flandernfront die feindliche Artilleriekraft und hielt während der ganzen Nacht fast ununterbrochen an. Der Feind hat heute über die Stellung der Partei zur Frage der Bewilligung der Kriegskredite entschieden. Mit übergroßer Mehrheit, nämlich mit 282 gegen 14 Stimmen, sprach sich der Parteitag für die Bewilligung der Kriegskredite aus, nachdem ein Gegenantrag mit 28 gegen 28 Stimmen abgelehnt worden war.

Draibank, von südlich des Houthulker Waldes an bis Sandvoorde. Feindliche Infanterieangriffe erfolgten nicht. Unsere Artillerie legte den Kampf gegen die feindlichen Batterien und Anlagen wirksam fort und verursachte zahlreiche Explosionen. Bei einem auf Brügge erfolgten nächtlichen feindlichen Luftangriff, der keinen militärischen Schaden verursachte, wurden wiederum 16 Einwohner der Stadt getötet, eine große Anzahl von ihnen verletzt und zahlreiche Häuser zerstört. Ein eigener Luftangriff auf Dünkirchen zerstörte große Schuppenanlagen auf dem Kai und mehrere Flugzeughallen auf dem Flugplatz St. Pol.

Im Artois wurden bei lebhafter Artillerietätigkeit nördlich der Scarpe drei feindliche Patrouillen vertulreich abgewiesen, während ein eigenes Patrouillenunternehmen nördlich Artois dem Feinde erheblichen Schaden zufügte. Starke Feuerüberfälle auf und beiderseits St. Quentin verurachten erneute Zerstörungen im Innern der Stadt.

Au der Aisnefront hielt die tagsüber lebhaft feuerfähige am Chemin des Dames und an der Laffaux-Ecke auch nachts über an. Eigene Patrouillenunternehmen brachten uns Gefangene ein. Auch beiderseits Reims und beiderseits der Maas steigerte sich vom Nachmittage an das Feuer erheblich und hielt bis in die Nacht hinein an.

Im Osten befindet sich nach der Einnahme der Halbinsel Sworbe nunmehr die Insel Desiel restlos in unserem Besitz.

Südlich Baranowitschi, an der Bahn Korwel-Luch, bei Tarnopol und am unteren Zbruca, sowie in Gegend Czernowiz und Radauz war die Gefechtsfähigkeit zeitweise lebhafter. Im unteren Bistrika-Tale wurden nördlich des Hrebin 8 feindliche Patrouillenangriffe restlos abgewiesen.

Berlin, 17. Oktober, abends. (Amtlich.)

In Flandern, nördlich von Soissons und auf dem Dünker der Maas lebhafter Artilleriekampf. Vom Osten bisher nichts Neues.

Wien, 17. Oktober. (Amtlich.)

In unserer Ostküste und in Albanien lebte stellenweise die Gefechtsfähigkeit auf. Im Gabriele-Abchnitt wurden abermals italienische Vorstöße abgewiesen.

Unsere Erfolge im Luftkampf im Monat September.

Berlin, 17. Oktober. (Amtlich.) Im Monat September haben unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 374 Flugzeuge und 22 Ballone verloren. Wir haben demgegenüber 82 Flugzeuge und 5 Ballone eingebüßt. Davon sind 38 Flugzeuge jenseits der Linien verblieben, während die anderen 44 über unserem Gebiet verloren gingen. Auf die Westfront allein entfallen von den 374 außer Gefecht gesetzten feindlichen Flugzeugen: 362, von den 82 deutschen 73. Im einzelnen setzt sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 324 Flugzeuge wurden im Luftkampf, 40 durch Flugabwehrkanonen, sechs durch Infanterie abgeschossen, 4 landeten unfreiwillig hinter unseren Linien. Von diesen Flugzeugen sind 167 in unserem Besitz, 207 jenseits unserer Linie erkennbar abgeschürzt. Diese Abschlußzahl ist die höchste Leistung, die bis jetzt in einem Monat erreicht wurde.

Frankreich und Belgien.

Sinrichtung einer Tänzerin als Spionin.

Die Agentur Radio meldet aus Paris vom 15. Oktober: Die wegen Spionage zum Tode verurteilte Belgierin Martha Hart ist heute hingerichtet worden.

Der Vertreter der Telegraphen-Union erzählt von zuständigen Seiten: Sobald der holländische Minister des Auswärtigen von der Beurteilung der niederländischen Tänzerin Mata Hari in Paris Kenntnis erhielt, beauftragte er den holländischen Gesandten in Paris, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um das Todesurteil in eine Freiheitsstrafe verwandeln zu lassen, falls die Beurteilung von der Berufungsinstanz bestätigt werden sollte. Im voraus hat der französische Gesandte die französische Regierung bei der Befestigung des Urteils, die Vollziehung hinauszuschieben, damit Gelegenheit gegeben wäre, ein Gnadengesuch einzulegen. Als das Urteil bestätigt war und der Antrag auf Kassation abgewiesen wurde, empfing der holländische Gesandte in Paris Auftrag, für Mata Hari ein Gnadengesuch einzureichen, während auch die Vermittlung des hiesigen französischen Gesandten angerufen wurde, um den Schritt der niederländischen Regierung zu unterstützen. Das Ministerium des Auswärtigen teilte jedoch telegraphisch mit, daß das Gnadengesuch abgelehnt worden sei. — Und in den Entente-Ländern heuchelt man doch immer über die Erziehung der Cavell.

Rußland.

Sozialistische Mehrheit im Vorparlament.

Die Wiener Allgemeine Zeitung meldet aus Stockholm: Die Wahlen in das russische Vorparlament wurden teils nach Parteilisten, teils nach Kurien vorgenommen. Die Sozialrevolutionäre eroberten 123 Sitze, die Menschewiki 73 und die Bolschewiki 66 Sitze. Das Vorparlament umfaßt 308 Mitglieder, von denen 261 Sozialisten sind. Am Ende der demokratischen Konferenz wurde einstimmig gegen die Stimme eines Anhängers Plehanows die alte Lösung „Frieden ohne Annexionen“ erneut. Es wurde beschlossen, diesen Beschluß der ganzen Welt in einem Manifest bekanntzugeben.

Petersburg, 17. Oktober. Die vorläufige Regierung verließ die Eröffnung des Vorparlaments auf den 20. Oktober. Das Vorparlament stellt die Arbeiten acht Tage vor der Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung ein.

Der Präsident des Parteiverbandes und eine Anzahl Chefredakteure wurden zu Mitgliedern des Vorparlaments gewählt. — Die Gesetzesanträge in dem Vorparlament werden der Unterchrift von 30 Mitgliedern bedürfen.

Die Angehörigen sämtlicher Apotheken Petersburgs beschloßen wegen der Nichtbewilligung der wirtschaftlichen Forderungen durch die Apothekenbesitzer in den Austausch zu treten.

Der Sowjet an die französischen Sozialisten.

Bern, 15. Oktober. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat an den französischen Sozialistenkongress in Bordeaux ein Begrüßungstelegramm gerichtet, das sich jetzt in Frankreich angekommen ist. In diesem heißt es u. a.:

„Vor der ganzen Menschheit rufen wir große Gefahren auf: Verwundener, Elend und Barbarei. Gegen diese Gefahren spannt das Proletariat der ganzen Welt seine Bemühungen an zur Ausrüstung der Internationale, dem einzigen Mittel, einen Ausweg aus diesem Abgrund zu finden, in den die ganze Menschheit durch die Politik der imperialistischen Regierungen gestürzt ist. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß die Imperialisten der ganzen Welt hinter dem Rücken des Proletariats ein Komplott gegen die Demokratie schmieden werden. Ruffisch ist ein Gerücht verbreitet worden, nach dem Deutschland den Allierten einen Frieden auf Russen-Konten vorgeschlagen hat. Ein solcher

Ausgang wäre nicht nur die Niederlage Rußlands und seiner Revolution, sondern auch die der internationalen Demokratie. Die russische Demokratie weist eine solche Lösung des Krieges mit Empörung zurück. Die Gefahr einer Gegenrevolution ist ja nicht für immer entfernt, sie wächst infolge unserer peinlichen inneren Lage, die eine Folge der Kriegsverlängerung ist. Ohne einen demokratischen, rasch abgeschlossenen Frieden ist die russische Revolution von den schwersten Gefahren bedroht. Wir erwarten vom französischen Proletariat, daß es unsere Revolution unterstützt, und hoffen, daß es sich einmütig für die Konferenz in Stockholm und für einen direkten, demokratischen Frieden einsetzt.

Unterschieden ist das Telegramm von Agelrod und Goldenberg.

Maximalistische Schwertung des Petersburger Conset.

Bezeichnend für die radikale Föhrung, die der Petersburger Arbeiterrat nach Austritt des alten Vorstandes annehmen hat, ist es, daß von 22 Mitgliefern des Täglichkeits-Ausschusses jetzt 13 Maximalisten, 6 Sozialrevolutionäre und 3 Minimalisten sind. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats ist der im Mai über Schweden aus Kanada zurückgekehrte Trokij, der von den Engländern mehrere Wochen in Halifax zurückgehalten wurde. In den letzten Tagen wurde auch die revolutionäre Frau Kollontaj in den Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrats gewählt. An der Spitze der Kandidatenliste der Maximalisten für die Sobranie stehen, nach dem Petersburger Blatt „Wostok“, die Namen Lenin und Entomow. Die vereinigten kommunistischen Parteien forderten den neuen Minister des Innern, Nikitin, auf, aus der Partei auszutreten. Nikisch hat kein Verbalten während des Eisenbahnerstreiks. Auch sei Nikitin nicht von Partei wegen in die Regierung eingetreten, sondern auf persönliche Berufung Kerenskis.

Blutige Mord in Südrussland.

Das Krasnodarer Blatt „Wostok“ meldet aus Petersburg: Die gegenrevolutionäre Bewegung, die Krasnodar, die Dagestan und die Dagestanorganisation bei den lokalen Behörden hat in letzter Zeit verhängnisvoll genömmen, hat wie aus verschiedenen Krasnodar meldet wird, eine neue Welle von Mordanschlägen genommen. So meldet ein Telegramm aus Charkow: Krasnodarische Elemente der Krasnodar haben in Verbindung mit Deserteuren aus der Stadt zu plündern begonnen. Die Truppen mußten ausweichen, aber es gelang ihnen nur noch einen Mordanschlag zu verhindern. Auch aus Rostow in der Provinz Krasnodar, aus Bratskaja in Krasnodar, aus Tisul in der Provinz Charkow, aus Mtscheta und anderen Städten werden Mordanschläge gemeldet.

Aus Sibirien und den Nachbargebieten

Damersbach, 18. Oktober

Schick der weiblichen Mütter.

Der Krieg hat wohl viele Umwälzungen gebracht, aber die Weiblichkeit auf lokalem Gebiet noch nicht zu ändern, ist ihm noch nicht gelungen, wie Sibirien nachweislich die Aufgabe ist.

Wohl sieht man den Schwangerschaftsurlaub in den Nachbargebieten, aber das Weiblich wird nicht bei der Mütter angewandt. Sibirien selber und die Reichsgebiete, wie auch die Zahl der Totgeburtstodesfälle. Sollte man da nicht auf den Schwangerschaftsurlaub Gedanken kommen, so zuerst der werdenden Mütter anzunehmen? Es muß gelassen werden, wenn Lebensfähige Säuglinge geboren werden sollen!

Die Forderungen der Sozialdemokratie sind bekannt und müssen, wenn man es wirklich ernst mit dem Schwangerschaftsurlaub nimmt, auch ihre Verwirklichung finden. Werden jetzt auch viel Frauenhände zur Arbeit gebraucht, ein gewisser Mütterurlaub braucht deshalb nicht verweigert werden, denn noch sind Unzählige da, die in der Heerarmee noch nicht mitwirken. Man muß sie heranziehen und unter verwendenden Mütter, gleichviel ob ledig oder verheiratet, dafür stehen. Es muß außerdem, das man Frauen in schwächerem Zustande in Schwerezeiten, an den Drehbänken, an den Näh- und Bohrmaschinen beschäftigt. Seit Anfang des Krieges wurde von einzelnen Weibern werdenden Müttern vom dritten Monat der Schwangerschaft an eine Abkürzung von 3 Marx pro Woche gegeben, leider handelt es sich hier nur um Arbeiterinnen. Der Staat muß es unbedingt als seine heilige Pflicht ansehen, dieses und noch mehr für alle Frauen der Weiblichkeit zu tun. Unsere werdenden Mütter muß die Zeit der Schwangerschaft erleichtert werden: sie müssen sich des kommenden Kindes freuen können, wie die Frauen der besterter Volksklassen. Unterstützt der Staat seine werdenden Mütter dann wird, verbunden mit der Reichswohlfahrt, schon viel für den Säuglingschutz geschehen sein. Dann werden wir Mutter und Kinder haben, wie sie das Bild zeigt zur Werbung für die Mittel zum Säuglingschutz, dann werden sich auch die Wortbewahrheiten, die darunter stehen: „In unsern Kindern liegt Deutschlands Zukunft.“

Dazu gehört aber, daß alle Arbeiterinnen mit uns kämpfer für diesen geforderten Schutz. Jede Genossin und Arbeiterin besuche die Versammlungen, die jetzt veranstaltet werden. Jede Genossin muß auch dafür eintreten, daß neue Mitglieder für die Partei gewonnen werden, daß unsere Parteizeitung und unsere „Gleichheit“ in keiner Arbeiterfamilie fehlen. Geschlecht darüber kommt auch noch außen zum Ausdruck, daß es mit unserer Forderungen ernst ist.

Luisa Käbler.

Schutz den Kartoffeln.

Schutz gegen Frost und Fäulnis sind die Grundlagen für jede Kartoffelzubereitung. Deshalb müssen die Räume, in denen die Kartoffeln gelagert werden sollen, frostfrei, aber nicht zu warm sein. 2-6 Grad ist die Temperatur, bei der sich die Kartoffeln am besten halten. Außerdem ist für genügende Durchlüftung Sorge zu tragen, da sie sich sonst erhigen und in Fäulnis übergehen. Dabei sind Räume, in denen Kartoffeln liegen, durch Anbringen von Lüftungslappen, Decken der Fenster usw. gut zu durchlüften. Im Herbst benutzt man dazu die kühlen Nächte, im Winter die frostfreien Tage. Räume, die bei guter Durchlüftung nicht auf 6 Grad abzukühlen sind, sind ungeeignet zur Aufbewahrung.

Kartoffeln, die sich halten sollen, müssen gesund sein. Daher sind alle Kartoffeln, die längere Zeit aufbewahrt werden sollen, beim Einbringen oder bald nachher zu untersuchen und alle kranken oder verletzten Kartoffeln zuerst zu verwerten.

Nicht alle Kartoffelsorten eignen sich für eine lange Lagerung. Welche Sorten, wie Imperator, Ap to bare und ähnliche, sind daher zuerst zu verbrauchen.

Auch in geeigneten Räumen dürfen Kartoffeln nicht zu hoch aufgeschichtet werden. Eine Schichthöhe von 1 Meter ist im allgemeinen richtig. Bei Wasserlösungen sind Gänge frei zu halten, und wenn möglich noch Durchlüftungsräume anzubringen. Besetzt der Boden aus Zement, so legt man am besten noch ein Holzgitter unter, so daß die ganzen Kartoffeln hoch liegen. In warmen Lagerräumen brauchen nicht noch bedeckt zu werden.

Der amtliche Kriegsbericht.

10000 Gefangene auf Desel.

W.B. Großes Hauptquartier, 18. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In der Mitte der flandrischen Front war auch gestern der Feuerkampf stark. Besonders in den Abend- und heutigen Morgenstunden war das Feuer im Southousterwald und südlich von Paschendale gesteigert. Bei Draikant morgens vorstößende Erkundungsabteilungen wurden zurückgeworfen.

Zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe, sowie südlich von St. Quentin nahm bei Vorfelddesfällen auch die Feuerstätigkeit zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nordöstlich von Soissons hat sich die seit Tagen lebhaft Kampfstätigkeit zur Artillerieschlacht entwickelt, die seit gestern früh vom Ailette-Grunde bis Bray mit sehr kurzen Pausen andauert.

Auch die Batterien der Nachbarabschnitte beteiligten sich am Feuerkampf.

Von der Aisne bis auf das Ostufer der Maas nahm an vielen Stellen der Front das Feuer gleichfalls erheblich zu.

An der Nordwestfront von Verdun stießen zu frühem Handreich geistern morgen badische Sturmtruppen auf der Höhe 344, südlich von Sommeuz, in die französischen Gräben vor, zerstörten 5 große Unterstände und führten die Besatzung, soweit sie nicht im Nachtkampf fiel, gefangen zurück.

Abends machte der Feind zwei Gegenangriffe gegen die genommenen Grabenstöße; beide Male wurde er zurückgewiesen.

Im ganzen wurden gestern 13 feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht.

In der Umgebung eines Fliegerangriffs auf Frankfurt a. M. wurde gestern erneut Nancy mit Bomben beworfen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Die Sichtung der auf der Insel Desel gemachten Beute hat bisher folgendes Ergebnis: 10000 Gefangene von zwei russischen Divisionen, noch Moon und sind nur wenige hundert Mann entkommen, 50 Geschütze, davon einige unversehrt, schwere Mörser und einige Feldbatterien, zahlreiche Waffen und sonstiges Kriegsgüter.

Teile unserer Seekreitkräfte drangen durch die Minenfelder des Riganischen Meerbusens bis zum Südausgang des großen Meeresbuches vor, wohin sich etwa 20 russische Kriegsschiffe auf ihrem Weg zum Feind zurückzogen.

Die russischen Batterien auf Wei bei Moon und auf der an der estländischen Küste wurden zum Schweigen gebracht.

Audere unserer Flotteneinheiten stießen in den Dittell der Passar-Wiel und sperrten die Durchfahrt nach Westen.

Zwischen Dina und Donau außer einigen Vorstößen russischer Aufklärer keine größeren Kampfhandlungen.

Balkanische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

en. Stärkstens darf es bei Frostgefahr vorübergehend geschehen. Im Haushalt verwendet man am besten hochstehende Risten, bei denen der Boden aus Laub besteht, oder die im Handel erhältlichen Karstoffkisten.

Bei allen Lagerungen aber vergesse man nie, daß die Karstoffkisten empfindlich ist, und daß alles unnötige Schütten und Wenden sowie das Betreten der Karstoffhaufen mit ungeschützten Schuhen Verletzungen hervorruft, die Anlaß zu Fäulnis werden können.

Die Hauptstellen für Pflanzenschutz, die in allen Bundesstaaten, in Preußen in jeder Provinz vorhanden sind, sind in der Lage, beratend bei der Karstofflagerung mitzuwirken.

Die Versammlung der Bürgerschaft, die im Montag, dem 22. Oktober, abends 6 Uhr, stattfindet, soll folgende Tagesordnung haben: I. Wahl eines Präsidiumsmitglied. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Gewährung einer jährlichen Pensions von 3000 Mk. an den Verein für Weibliche Geschäfte und Altersrenten. 2. Verlängerung der Amtszeit der bürgerlichen Mitglieder bei der Behörde für Wohnungsangelegenheiten. 3. Nachträgliche Bewilligung und Anweisung der den Behörden im Rechnungsjahre 1916 aus Anlaß des Krieges erwachsenen außerordentlichen Ausgaben. 4. Nachbewilligung auf Artikel 28 (Schuldenverwertung) des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1916. Ermächtigung der überständlichen Beleihungsstelle für Hypotheken zur Verteidigung der von ihr bestehenden Hypotheken. 6. Erweiterungsbau für die Schule in Moosburg. 7. Nachbewilligung von 6000 Mk. für die Erweiterung des Leidenhauses. 8. Anstellung eines Anstaltsarztes am Kinderhospital und praktisches Kinderarztes. 9. Erlass einer neuen Ordnung für die Raubschiffe. 10. Herstellung eines Umkleelagerhauses an den Frauenthorer Weiden. 11. Nachbewilligung auf die Kosten der Errichtung einer Raimauer an der Vorderseite des zweiten Hofens gegenüber der Wallstabskaserne. 12. Herstellung von Kleinwohnungen auf dem Grundstück Ballaststraße Nr. 1. 13. Erweiterung der Feuerwache in der Hanlastraße. IV. Antrag Dr. Böck: In Ermüdung daß die jegliche Zeit die Notwendigkeit der Erbauung einer Straßenbahn bis nach Franemünde hin in erheblichem Maße darzulegen hat, in Ermüdung, daß die finanziellen Ergebnisse der Straßenbahn Lübeck und insbesondere der für sich geltende Verkehr auf der Strecke Bahnhof-Küdnitz ein finanziell günstiges Ergebnis für die Strecke Küdnitz-Travemünde erhoffen läßt, ersucht die Bürgerschaft den Senat, ihr eine Vorlage auf Erbauung der Straßenbahn Küdnitz-Travemünde entgegenzubringen, und die Betriebsbehörde zu beauftragen, die Einzelpläne aufzustellen und sie in möglichst kurzer Zeit zu beenden, damit bei Annahme des Antrages mit Beendigung des Krieges mit dem Bau der Bahnstrecke begonnen werden kann.

Gewährungen von Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten bei Gesundheitschädigung durch aromatische Nitroverbindungen. Der Bundesrat hat am 12. Oktober 1917 auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) eine Verordnung erlassen, die im wesentlichen folgendes enthält: Wenn eine nach dem dritten Buche der Reichsversicherungsordnung versicherte Person bei Herstellung von Kriegsgeschäften eine Gesundheitschädigung durch nitrirte Kohlenwasserstoffe der aromatischen Reihe (zum Beispiel Dinitrobenzol, Trinitrobenzol, Trinitroanisol) zugeht und infolge ihrer Einwirkung stirbt, so sind Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten unter vorwärtender Anwendung der Vorschriften der Reichsversicherungs-

Ordnung auch dann zu gewähren, wenn der Tod nicht als Folge eines Unfalls, sondern als Folge einer allmählichen Einwirkung der genannten Stoffe anzusehen ist. War der Verstorbene in mehreren Betrieben beschäftigt, welche die im § 1 genannten Stoffe herstellen oder verarbeiten, so hat derjenige Versicherungsträger die Bezüge festzusetzen und zu gewähren, dem der Betrieb angehört, in welchem der Verstorbene zuletzt mit jenen Stoffen beschäftigt worden ist. Diese Verordnung gilt rückwirkend für die Zeit vom 1. August 1914 eingetretene Todesfälle. Die Frist zur Anmeldung von Ansprüchen aus zurückliegenden Todesfällen läuft fröhstens mit dem 1. Februar 1918 ab. Ansprüche auf Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten, die seit dem 1. August 1914 rechtskräftig abgelehnt worden sind, weil die schädigende Einwirkung der im § 1 genannten Stoffe nicht die Folge eines Unfalls gewesen ist, hat der Versicherungsträger nach dem Vorstehenden dieser Verordnung zu prüfen. Führt die Prüfung zu einem dem Berechtigten günstigeren Ergebnis oder wird es von dem Berechtigten verlangt, so ist ihm ein neuer Bescheid zu erteilen.

Gesuche um Bekleidung von Soldaten zu Arbeitszwecken für Stadt und Gebiet Lübeck sind ausschließlich an das Garnisonkommando, Gleichhauerstraße 20, zu richten. Jeder andere Weg bedeutet eine Verzögerung. Handelt es sich um die Bekleidung eines bestimmten Mannes, ist die militärische Adresse möglichst genau anzugeben. Die Hilfe des Garnisonkommandos muß sich auf die Fälle dringender Not beschränken, in denen auf dem freien Arbeitsmarkt Kräfte nicht zu erlangen sind, auch mit Frauen oder Jugendlichen nicht geholfen ist. Wo weibliche Kräfte oder Jugendliche, nach der Art der Arbeit, diese übernehmen können, muß auf sie zurückgegriffen werden. Die kommandierten Mannschaften sollen, je nach ihren Leistungen, nicht niedriger entlohnt werden, als freie Arbeiter, sollen darum den tarifmäßigen oder, wo ein solcher nicht feststeht, ortsüblichen Lohn erhalten. Die schnelle Erledigung aller Gesuche wird am besten gefördert durch genaue Angaben, für welche Arbeiten Leute benötigt werden, in welcher Zahl und für welchen Zeitraum, ferner inwieweit ein militärisches oder volkswirtschaftliches Interesse in Frage kommt und welche Schritte auf dem freien Arbeitsmarkt getan sind. Für alle Betriebe, die dem Garnisonkommando nicht schon aus früheren Eingaben oder sonst bekannt sind, bedarf es außerdem einer Bescheinigung der zuständigen Behörde (Polizeiamt, Handels-, Landwirtschafts-, Gewerbesammler usw.) über die Notwendigkeit der beantragten Hilfe.

Beschlagnahme von Holzgestoff. Heute ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Holzgestoff und Strohholzgestoff in Kraft getreten, welche alle vorhandenen und zukünftig hergestellten oder eingeführten Mengen dieser Stoffe erfährt. Die Veräußerung und Lieferung von Holzgestoffen und Strohholzgestoffen ist bis zum 1. Dezember 1917 ohne Bezugsschein, nach diesem Zeitpunkt nur gegen Bezugsschein der Holzstoff-Verwaltungsstelle, Charlottenburg, Joachimsthalerstraße Nr. 1, gestattet. Der Wortlaut dieser Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Das Schwurgericht verhandelte gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit in zweiter Sache gegen die Ehefrau Cordes und Richter wegen Abtreibung der Leibesfrucht. Die Angeklagte Cordes wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, während die Verurteilung gegen Frau Richter verjagt werden mußte, da sie im Gerichtsfall einen Krampfanfall erlitt. — Auch die für heute angelegte Sache gegen Karow wegen Urkundenfälschung und Amtsunterschlagung mußte vorläufig verjagt werden, da ein wichtiger Zeuge nicht erschienen war.

Die Kriegsgefangenen bei Friedensschluß. Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Müller-Meinungen über das Weibwesen der Kriegsgefangenen und über die Möglichkeit, daß Gefangene über den Kriegsschluß hinaus vom Feinde zurückgehalten werden, ist vom Stellvertreter des Reichsanzlers folgende schriftliche Antwort erteilt worden: „Das Weibwesen ist im gegenwärtigen Kriege so ausgestaltet worden, daß — mit verschwindenden Ausnahmen — über jeden in Gefangenschaft geratenen Heeresangehörigen eine Meldung vorliegt. Es würde also den feindlichen Staaten unmöglich sein, einzelne Gefangene unbemerkt zurückzuhalten. Bei den Friedensverhandlungen wird dieser Fall besonders im Auge behalten und Vorkehrungen getroffen werden, um ähnliche Vorkommnisse wie im Jahre 1871 unmöglich zu machen.“

Schulferien. Wie im verflochtenen Winter, beabsichtigt der Nationale Frauenbund auch im beginnenden Winter Unterricht in Anfertigen und Ausbessern von Schuhzeug einzurichten, und zwar gemeinlich mit dem Hausfrauenverein. Die Zeit ist auf nachmittags 2-5 1/2 Uhr und abends 6 bis 9 1/2 Uhr festgesetzt. Jeder Lehrgang umfaßt 6 Nachmittage oder Abende und kostet 1.50 Mk. Anmeldungen schon jetzt Roedstraße 1a. An die Bewohner Lübecks richten die verantwortlichen Vereine die dringende Bitte um Ueberlieferung von passendem Material an die genannten Sammelstellen. Für Schuhzeug sind auch kleine Reste an Zeug, feiner Lederriemen und ähnliches, alte Sandalschuhe, Filzhüte usw. brauchbar, die sonst kaum verwendet werden können.

6-Uhr-Laden schluß an Sonnabenden. Das Polizeiamt macht jetzt bekannt: Alle Läden sind um 5 Uhr, Sonnabenden um 6 Uhr abends zu schließen. Die beim Laden schluß im Laden anwesenden Kunden können noch bedient werden. Die sämtlichen Beleuchtung der Läden muß um 5 1/2 Uhr, Sonnabenden 6 1/2 Uhr abends vollständig aufhören.

Ein „lustigen Abend“ veranstalteten die Herren Haase und Hirsch vom Hamburger Stadttheater gestern Abend im Marmoraal. Die beiden „Tiergenossen“, wie Hirsch sich scherzhaft ausdrückte, hatten ein recht reichhaltiges Programm zusammengestellt und unterhielten damit zwei Stunden lang das Publikum, das sich für jede Nummer recht dankbar erwies. Nicht selten hatte man jedoch das Gefühl, daß dem Vortrag der rechte Humor, die wirkliche komische Gestaltungskraft fehlte, über die Salzer und Blaut in so reichem Maße verfügen.

Im Pantheater gelangt jetzt die sogenannte Operetten-woche „Leise kommt die Lieb' gegangen“ zur Ausführung. Die Handlung ist recht bescheiden. Es wird darin mit den bekannten Mitteln gearbeitet. Erwähnt sei, daß dem Komponisten ein paar leibliche Wägelchen gelungen sind. Die Partikler gaben sich viele Mühe und taten alles, was in ihren Kräften stand, das Publikum zu erheitern.

Reisefeld. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Morgen gegen 9 Uhr in der Wohnung des Arbeiters Fritz Wulff in der Lindenstraße. Die hochschwangere Ehefrau des im Felde stehenden Mannes wollte auf einer Leiter zu Boden steigen. Infolge Verwühlens der Leiter fiel die Bedauernswerte herab und zog sich dadurch innere Verletzungen zu. Sie starb leider auf dem Transport ins Krankenhaus an innerer Verblutung. Vier kleine Kinder sind noch mütterlos geworden. Von Dieben abgeschlachtet wurde auf der Weide eine Stute des Fuhrers Fr. Lampe in Gr. Martin. Hinter einer kleinen Erdbewehrung fand man am andern Morgen das Fell und die Ueberreste bis auf ein Hinterviertel, das die Diebe mitgenommen hatten.

Altona. Tödlicher Straßenbahnunfall. Beim vorzeitigen Verlassen eines Straßenbahnwagens in der Allee geriet gestern Abend der Gefreite Freiherr v. Feltheim unter den Anhängewagen und trug schwere Verletzungen davon, denen er bald nach seiner Entlassung im städtischen Krankenhaus erlag.

Neueste Nachrichten.

Harburg, Großener. In der Nacht zum Donnerstag brach aus unbekannter Ursache auf dem Schiff des Hofbesizers Adolph Blot in Suerke Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Gemäke völlig einäscherte.

Gifhorn, Schwere Unglücksfall. Vom Zuge der Bahn Celle-Gifhorn wurden zwischen Fietmar und Langlingen der 18jährige Arbeiter Otto Kiebuhr und der 16jährige Handarbeiter Bernhard Lange, beide aus Fietmar, überfahren. Infolge des Windes hörten sie nicht das Nahen des Zuges. Neuhuhr war auf der Stelle tot, Lange starb wenige Stunden später.

Winsen a. d. Ruhr. Ein Kampf mit Eindringern fand auf der Landstraße nach Gifhorn statt. Dort wurden von Hilfsgebern zwei Diebe eingeholt, die in Obermarschacht im Hause einer Kolonialwarenhandlerin eingebrochen und anscheinend viel gestohlen hatten. Die Eindringler gaben, als sie nicht mehr entweichen konnten, auf die Beamten mehrere Schüsse aus einem Revolver ab und verwundeten einen Geher an der Schulter. Es gelang trotzdem, die Täter zu überwältigen und dingfest zu machen.

Köln. Die Unterjagungen des Direktors der früheren Fabrikdirektor der Metall-Strickwaren-Fabrikations-Gesellschaft in Neubrandenburg, Reinhold Wagner aus Quedlinburg, zurzeit in Untersuchungshaft in Neustrelitz, hat im Jahre 1916 und 1917 in Neubrandenburg als Bevollmächtigter der Gesellschaft fortgesetzt über Forderungen und andere Vermögensgegenstände seiner Auftraggeberin abschließend zu deren Nachteil verfügt, und im ganzen etwa 30 000 Mark, die er im Besitz resp. in Gewahrsam hatte, sich rechtsmäßig angeeignet. Die Strafammer in Neustrelitz erkannte ihn am Sonnabend für schuldig und verurteilte ihn wegen Untreue in Lateinheit mit Unterhalsstrafe zu 3 Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Sechs Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet.

M. Berlin, 17. Oktober. (Amtlich.) Auf dem Nordsee-Kriegsschauplatz wurden durch die Tüchtigkeit unserer U-Boote wiederum 16 000 Brutto-Registertonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der französische Segler „Jacqueline“ (2889 Tonnen), sowie der belgische Dampfer „Nervier“ (1738 Tonnen) mit Bretterladung, ferner ein unbekannter englischer Segler mit Fischen nach England. Außerdem wurde in der Nähe der irischen Küste der bewaffnete englische Dampfer „Peterjahan“ (3361 Tonnen) torpediert, der jedoch mit schwerer Schiffsseite noch auf den Strand geleitet werden konnte.

Das Vordringen der deutschen Flotte in den Rigaischen Meerbusen.

Berlin, 17. Oktober. (Amtlich.) Nach Niederkämpfung der schweren Batterien auf der Südspitze der Insel Desel sind unserer Seestreitkräfte in den Rigaischen Meerbusen eingedrungen. Sie haben ihren Vormarsch nach Osten am 17. Oktober fortgesetzt und beherrschen das Seegebiet bis zum Moonjund.

Kopenhagen, 17. Oktober. Aus London wird nach Kristiania gemeldet, daß der Dampfer „Themis“ aus Tremsberg, Nor-

wegens größtes Schiff von 13 000 Tonnen, im Mittelmeer versenkt wurde. Die Mannschaft ist gerettet. — Das Segelschiff „Sathel“ aus Kristiania ist ebenfalls versenkt worden. Auch seine Mannschaft wurde gerettet.

Lugano, 17. Oktober. Die Mailänder Blätter aus Paris melden, verlangt das Blatt des Arbeiter- und Soldatenrates in dessen Namen mit allem Nachdruck, daß die Verbündeten ihre Absichten über den Frieden unzweideutig zum Ausdruck bringen. Die russische Regierung wünsche Klarheit vor allem darüber, ob die Verbündeten bereit seien, Friedensverhandlungen anzubahnen, ob sie einen Frieden ohne Gebietsverlustungen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker herbeiwünschten und ob sie ferner ihre Verträge nach dem Geiste der Resolution durchsetzen und veröffentlichen wollten.

Basel, 17. Oktober. Die französische Presse beschäftigt sich eingehend mit der deutschen Erklärung, daß die Andeutungen Ribots in der Kammer betreffs eines unter der Hand ergangenen Vermittlungsangebots Deutschlands unrichtig seien. In seinem Kommentar sagt der „Matin“ u. a.: Frankreich sei durch einen durch die Unterschrift des Kaisers und des Kanzlers beglaubigten Diplomaten aufgefordert worden, auf schweizerischem Gebiete mit Deutschland in Unterhandlungen einzutreten.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichskanzlers über Gemüse, Obst und Süßrübe vom 3. April 1917 und vom Montag, dem 22. Oktober 1917 ab folgende Höchstpreise festgesetzt oder bleiben fernerhin in Gültigkeit:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Einhandelspreis
1. Spinat (Blattspinat) 24 Bfg.	30 Bfg.	40 Bfg.	15 Bfg.
2. Wirsingfohl, geschlossen 7 1/2	11 1/4	15	15
3. Rotfohl, geschlossen 7 1/2	11 1/4	15	15
4. Weißfohl u. Spitzfohl geschlossen 4	7	10	10
5. Grünfohl 7 1/2	13 1/4	18	18
6. Rosenfohl			
a) gepulvt 40	50	60	60
b) nicht gepulvt 30	40	50	50
7. Sauerampfer			
a) gute Ware, markt- mäßig gepulvt 50	60	70	70
b) abfallende Ware 30	34	40	40
8. Kohlrabi mit oder ohne weiteres Kraut 12	15	20	20
9. Mörrüben, Schmalz-, Stoppel- oder ähnliche Herbst- oder ohne Kraut 8	8	8	8
10. Sellerie, Weißer, und Süßer, Rüben ohne Kraut 20	25	32	32
11. Petersilien ohne Sand 11	15	22	22
12. Schalotten 22	25	32	32
13. Mohrrüben (rote Wurzel) und ähnliche Karotten ohne Kraut 7	11 1/2	15	15
14. Karotten, runde ohne Kraut 12	17 1/2	22	22
15. Mörrüben, gelbe 5	8 1/2	11	11
16. Weiße Mörrüben 3 1/2	4	6	6
17. Rote Beeten 7	9	12	12
18. Schwarzwurzeln 40	45	55	55
19. Porree, gepulvt 35	40	50	50
20. Petersilienwurzel 20	24	30	30
21. Stachelb., gelbe 13 1/2	17 1/2	22	22
22. Stachelb., weiße 14	18 1/2	23	23
23. Kürbis 5	7	10	10
24. Tomaten 30	40	50	50
25. Meerrettich			
100 Stangen 60 Bfd. 40	45	60	60
100 Stangen 40 Bfd. 30	35	45	45
leichtere Ware 20	25	35	35
26. Sellerieknollen ohne Kraut 30	37	45	45
27. Selleriekraut 8	10	15	15
28. Schnitt 25	35	45	45
29. Bohnen			
a) einfache 30	55	70	70
b) besondere 100	110	150	150
30. Kestel Gruppe I 40 Bfg.	45 Bfg.	52 Bfg.	65 Bfg.
II 25	30	35	45
III 10	12	15 1/2	20
31. Bienen Gruppe I 35	40	50	65
II 30	35	45	60
III 8	10 1/2	14	20

Die Süßrübe Obst- und Gemüsepreise zu berechnen, für die Ausweisung an die Großhändler, Großverbraucher und Kleinverbraucher folgende weitere Zuschläge zu berechnen:
A. 1. — für den Zentner Preis und Bienen Gruppe I und II
C. — für den Zentner Preis und Bienen Gruppe III.
Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Kostentüchtiges Gemüse und Obst.

Für die von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle bezogenen Obst- und Gemüsepreise sind die Kleinhandelspreise gültig, die täglich an der Tafel in der Markthalle veröffentlicht werden. Die Verkäufer sind verpflichtet, bei den bezogenen Obst- und Gemüsepreisen die Preise deutlich erkennbar anzugeben. Eine Ueberführung dieser Preise ist verboten.

Höchstpreise für Zitrusen, Nüsse und Pflaumen.

Die auf weiteres gelten folgende Höchstpreise:

1. Zitrusen Verspindel 55 Bfg.	Einhandelspreis 60 Bfg.	Erzeugerpreis 35 Bfg.
2. Zitrusen, Nüsse, Pflaumen und Pflaumen	Erzeugerpreis 50 Bfg.	Einhandelspreis 60 Bfg.
3. Zitrusen, Nüsse, Pflaumen	Erzeugerpreis 30 Bfg.	Einhandelspreis 40 Bfg.

Die Höchstpreise der Zitrusen sind in Kraft.
Lübeck, den 17. Oktober 1917. (3194)

Lieferstelle für Gemüse und Obst.

Ablieferung der Einrichtungsgegenstände aus Kupfer und Kupferlegierungen.

(Ergänzung der Bekanntmachung Nr. Mc. 1/8. 17 K. R. A. vom 20. Juni 1917; Lübeckische Anzeigen Nr. 327.)

Zur Entgegennahme der unter die Bekanntmachung fallenden Einrichtungsgegenstände wird die Sammelstelle geöffnet sein in **Schlutup** am Donnerstag, dem 18. d. Mts., von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr in der Turnhalle der neuen Schule, in **Travemünde** am Freitag, dem 19. d. Mts. und Sonnabend, dem 20. d. Mts., von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr in einem Eisenbahnwagen neben dem neuen Güterschuppen auf dem Stadtbahnhof, in **Russe** am Montag, dem 22. d. Mts., von 9 bis 12 Uhr beim Gemeindevorsteher Büro, in **Sierke** am Montag, dem 22. d. Mts., nachmittags von 2 bis 5 Uhr auf dem Güterbahnhof.

Die unter die Bekanntmachung fallenden Einrichtungsgegenstände können auch aus lübeckischen Ortschaften bei der Sammelstelle des Kreisaußschusses des Kreises Herzogtum Lauenburg abgeliefert werden. Die Sammelstelle ist geöffnet in **Hageburg** am Dienstag, dem 23. d. Mts., von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr, in **Wöhl** am Mittwoch, dem 24. d. Mts., von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr, in **Schwargen** am Freitag, dem 26. d. Mts., von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr.

Bei beiden Sammelstellen können alle freiwillig abzuliefernden Gegenstände aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguss, Tombak, Bronze), Aluminium, Zinn, Zink und Blei abgeliefert werden. Eine weitere Ablieferungsgelegenheit wird für die südlichen Enklaven, abgesehen von der Sammelstelle in Lübeck, nicht eingerichtet werden.

Lübeck, den 16. Oktober 1917. (3190)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume der Bezugschein-Ausgabestelle und der Ausgabestelle für Lebensmittelausweise im Hause Königstraße 69 (Haus Schwane & Heeschen) und bis auf weiteres an den **Sonnabend-Nachmittagen bis 6 Uhr** geöffnet.

Lübeck, den 17. Oktober 1917. (3178)

Das Polizeiamt.

Eine Bekanntmachung Nr. Pa. 1500/9. 17 KRA. betreffend „Beschlagnahme von Holzschiffen und Strohschiffen“ wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Lübeck, den 18. Oktober 1917. (3183)

Stellvert. Generalkommando IX. A.-S.

Schuhfürsorge der Kriegshilfe

Der Kurier hat bereits begonnen und findet statt: **Montag und Donnerstag, Dienstag und Freitag** von 9 bis 12 Uhr. Abendkurse sind in Aussicht genommen. Preis täglich 25 Bfg. Weitere Anmeldungen nimmt entgegen.

Zentrale für private Fürsorge. Königstraße 19. (3195)

Für die vielen Gratulationationen und Geschenke zur silbernen Hochzeit danken herzlich
E. Jönson u. Frau geb. Spindler. (3186)

Danksagung.

Sage allen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, seinen Sarg so reich mit Kranzen schmückten, sowie Herrn Pastor Hänsel für seine trostreichen Worte, dem Zentral-Verband der Zimmerer und dem Chorverein meinen besten Dank. (3189)

Fran E. Fischer geb. Benthien.

Deutscher Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.

Den Angehörigen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied

Heinrich Dähling

Kaufmann, im 34. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am **Sonnabend, d. 20. Oktober d. J., auf dem Ehrenfriedhof** statt. Beginn der Trauerfeier **demnächst 10 1/2 Uhr** in der Kapelle Burgtor. Um rege Beteiligung ersucht.

Lübeck, den 17. Oktober 1917. (3191) Der Vorstand.

Kolporteur

gekauft für Helfertor-Korb.

Friedr. Meyer & Co.

Buchhandlung
Johannisstraße 46.

Arbeiter-Abschneidband.

Ortsgruppe Lübeck.

Versammlung

am Freitag, dem 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. (3185) Der Vorstand.

Täglich Platzverkauf
von
rheinischen Braunkohlen u. kleingem. Holz.
Heinr. Boye
Bindenstraße 17 a. 3192 Telefon 913.

Hansa-Theater.
Sonnabend, den 20. Oktober, abends 7 1/4 Uhr:
Einmaliger Tanzabend
Olga Desmond.
Vorverkauf: Musikalienhandlung Ernst Robert, Breite Straße, Holstenhaus, Zigarrenhandlung Röhrich, Holstenstraße 2, sowie an der Theaterkasse. (3181)

Schuhfürsorge

Unterricht im Anfertigen und Ausbessern von Schuhen:
Dienstag und Mittwoch von 2-5 1/2 Uhr,
Dienstag und Mittwoch von 6-9 1/2 Uhr. (3184)

Jeder Lehrgang von 6 Nachmittagen oder Abenden 1.50 Mk. Anmeldungen **Roedstraße 1 a.**

Sammelstellen für Gliden und sonst passendes Material: **Hrl. Gl. Behrens, Racketb. Allee 20c.** **Hrl. M. Keltze, Bercevalstr. 31.** **Hrl. Herm. Meyer, Braumstr. 17.** **Hrl. M. Rösing, Roedstr. 1 a.** **Hrl. A. Vermehren, Oberbeckstraße 1 a, Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstr. 2.**

Hausfrauenverein.
Nationaler Frauendienst.

Bilderleisten

einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashändler,
Fleischhauerstr. 55. Fernruf 2898.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Ber.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung.

am Sonntag, dem 21. Oktober nachmittags 3 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Kartell- und Kommissionsbericht.
3. Beschlusfassung über den in der letzten Versammlung genehmigten Antrag betr. Entlohnungen.
4. Eingänge.

Volzhäliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.
3185) Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Freitag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr: (3182)

Die Königin der Luft.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4, Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Stadttheater.

Donnerstag, den 18. Okt. 1917:
Festvorstellung für die Schwesternspende:

Tod und Verklärung.

Sinfonische Dichtung von R. Strauß.
Hierauf:
Schluß des letzten Gesanges aus „Hermann und Dorothea“ von W. v. Goethe.
Hierauf:

Hanneles Himmelfahrt

Bühnendichtung von G. Hauptmann.
Freitag, den 19. Oktober 1917:

Die Kaiserin.

Sonnabend, 20. Oktober 1917:
Hanneles Himmelfahrt
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Sonntag, den 21. Oktbr. 1917:
Nachmittags 3 Uhr:
Jeder Platz 60 Pfg., Garderobengebühr 10 Pfg.:
Auf vielfachen Wunsch:

Der müde Theodor.

Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend abend von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr an der Theaterkasse.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Würzburg, 16. Oktober.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Bericht der Reichstagsfraktion.

Schmidt-Meinen beantragt, einem Korreferenten der Minderheit unbeschränkte Redezeit zu geben. Vorsitzender Ebert: Der Antrag ist bei sachlicher Berichterstattung über die Fraktionsarbeit ungewöhnlich. Für die Frage der Kriegskredite wollen wir einem von der Minderheit gestellten Redner verlängerte Redezeit gewähren. (Widerpruchlos wird so beschlossen.)

Referent Dr. David: Die Frage, ob wir Recht daran taten, uns am 4. August 1914 auf die Seite unserer Nation zu stellen, ist unendlich viel diskutiert worden. Der Parteitag wird unsere Kriegskreditbewilligung mit großer Mehrheit gutheißen und am 4. August hätten Parteitag und Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit dasselbe getan. Damit ist die Frage eigentlich sachlich entschieden. Die Abstimmung am 4. August war ein weltgeschichtlicher Akt. Die deutsche Arbeiterklasse stand am Scheidewege und schlug einen der beiden möglichen Wege ein. Ein Zurück gibt es nicht mehr, aber die Arbeiterklasse will bewußt ihren Anteil an der Geschichte erlebigen. Darum noch einmal kurz die Gründe und Folgen unserer Entscheidung:

Die Abstimmung am 4. August war keine über Krieg oder Frieden. Der Krieg war eine unabänderliche Tatsache und die Gefahr war groß. Was tun? Eine Niederlage hätte, so schrieb Conrad Bernheim am 25. August, Deutschlands wirtschaftliche Entwidlung auf Jahrzehnte, vielleicht auf ein Menschenalter unterbunden. Das wußten auch wir und die einzige Rettung Deutschlands war die vollkommene Einigkeit aller seiner Bewohner. Danach entschieden wir. Nun gibt es prinzipielle Gegner der Landesverteidigung, die das Vaterland für eine kapitalistische Verwertungsphase erklären. Der Hauptvertreter dieses Verteidigungs-Nihilismus war Herze, jetzt einer der wildesten Kriegshäher gegen Deutschland. Aber sein Standpunkt war nie der der Internationalen oder der deutschen Partei. Der Gedanke an eine Internationalen, die nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ruht, und ihr Recht zur Selbstverteidigung nicht anerkennen will, ist unbedenklich und die Vorstellung vollkommen utopisch, den Krieg durch eine internationale proletarische Weltrevolution zu beenden, nachdem wir noch nicht einmal eine Zusammenkunft mit Franzosen und Engländern zustande bringen. Der ganze Verteidigungs-Nihilismus beruht auf der unwirklichen Vorstellung, daß die Menschheit einem nationstlosen Weltstaat entgegengehe. Tatsächlich lehren Biologie und Geschichte die immer stärkere Ausprägung besonderer Eigenart. Wie flammte im August 1914 das deutsche Gemeinschafts- und Staatsgefühl trotz aller Beschäftigung durch unsere unglückliche Entwicklung elementar auf. Wir hätten uns gegen das elementarste Massengefühl der Arbeiter gar nicht auflehnen können, so tief war die richtige Empfindung, daß wir unmöglich auf unsere Selbstbehauptung als Volk verzichten können. Die Unterschiede der Völker und ihre gegenwärtigen Interessen lassen sich nicht einfach aus der Welt dekretieren, nur dafür können wir arbeiten, daß sie friedlich ohne Waffen ausgetragen werden. Darum ist der Verteidigungs-Nihilismus eine blutige Utopie. Aber er ist wenigstens konsequent hergeleitet aus der Lehre, daß der Arbeiter kein Vaterland habe.

Dann aber gibt es noch eine Gruppe, die prinzipiell die Landesverteidigung anerkennt, praktisch aber denen, die hinausgehen, die Mittel rundweg verweigert. Das ist ein unmögliches Dazwischengehen. Im Frieden lehnten wir das Militärsystem wegen seiner antidemokratischen Tendenz ab. Im Kriege war dazu keine Zeit. Wenns brennt, kann man nicht am Spritzenstern mädeln. Wir suchten den Brand zu löschen. Um das Lebensinteresse der Nation handelte es sich, nicht um ein Vertrauensvotum für die Regierung. (Sehr wahr!) Wir konnten unserm Land nicht in den Rücken fallen. Die Kriegskreditverweigerung wäre eine Parteinahme gegen das eigene Volk zugunsten der feindlichen Kriegstreiber gewesen. Die russischen Sozialisten haben die Mittel freilich verweigert. Sehr konsequent, aber warum? Sie wollten die Niederlage ihres Landes, sie wollten den Sturz des Zarismus. Sobald das erreicht war, haben sie natürlich die Mittel zur Kriegsführung bewilligt. (Hört, hört!) Warum also macht man uns Vorwürfe? Man sagt, und das ist ein neuer Vorwand gegen unsere Stellung, der Krieg sei für Deutschland gar kein Verteidigungskrieg, sondern ein weltwirtschaftliches Verbrechen, ein Ueberfall auf friedliche Nachbarn. Wir

Deutschen haben die Frage der Kriegsschuld wenig behandelt, weil wir ihre Entscheidung erst von der Kenntnis aller Akten und von der Wissenschaft der Zukunft erwarten. Aber die Ententesozialisten machten sie zu einem aktuellpolitischen Programm ersten Ranges. Sie verlangten, daß der Frieden ein Frieden der Sühne sein müsse. Deshalb durften wir nicht ausweichen und mußten in Stockholm über die Frage der Kriegsschuld sprechen. Bedurfte, was ich dort ausgeführt habe, noch einer Bestätigung, so war sie in den Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses und in den jüngsten Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gegeben. Warum hat man nur dieses Material nicht längst veröffentlicht? Auch der jüngste französische Parteitag in Bordeaux hat sich wieder zu einer energiegelassen Kriegsführung bekannt, von der deutschen Sozialdemokratie aber Nachahmung des russischen Beispiels verlangt, dann sollten wir begnadigt und milde behandelt werden. Bürgen dafür seien die Worte Wilsons, Lloyd Georges und Ribbotts. (Schallendes Gelächter.) Ich erwarde, daß die Unabhängigen den Franzosen darauf die nötige Antwort geben. (Sehr gut!) Die französischen Genossen würden uns nach einer Niederlage gewiß nicht schücheln können, selbst wenn sie wollten; Sie haben ja nicht einmal ihre Pässe durchsehen können. (Sehr wahr!) Der Vernichtungswille der Feinde ist ja noch stärker geworden, als zu Kriegsbeginn und die Gefahr für Deutschland heute größer als je. In keiner Stunde des Krieges konnte Deutschland über die reine Verteidigung hinausgehen. Bestimmann war kein reiner Annexionsist, er wäre sonst nicht von den Alldeutschen gehaßt worden. Bedrang durch starke Kräfte hat er sich immer weiter nach links entwickelt. So errangen wir die großen Erfolge unserer Friedenspolitik, das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und die Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Der Friedensbund des Reichstages hat sich als fest erwiesen und keine Abwägung der Regierung von dieser Reichstagsentscheidung geduldet. Die deutsche Antwort auf die Papstnote ist ein weltgeschichtliches Dokument, innerpolitisch und außenpolitisch. Zum erstenmal ist ein internationales Dokument von solcher Tragweite unter Mitwirkung des Parlaments abgefaßt worden. Auch der Versuch der Vaterlandspartei, die bürgerlichen Anhänger der Friedensresolution wandend zu machen, ist zurückgeschlagen worden. Diese Vaterlandspartei ist keine Volksbewegung, sondern eine Injenzierung von Großadmiralen, Herzögen, Landesdirektoren, Großindustriellen, Professoren usw. Sie richtet sich im Gegenteil gegen das Volk selbst und gegen seine Rechte. Unsere Abwehrbewegung muß auf der ganzen Linie mit voller Energie den Vaterlandsparteilern entgegengetreten werden. Im vierten Kriegsjahre waren sie vor englischen Friedensfälschern. Zum nicht geringen Teile rührt das Kapitel dieser Partei aus den ungeheuren Gewinnen her, die jene Leute in der Kriegszeit gemacht haben. Wir müssen in der Presse alle Kräfte darauf konzentrieren: Nieder mit den Alldeutschen! (Lebh. Beifall.) Mit Reichstagsauflösung und Staatsstreich spielt man in diesen Reihen, man schreit nach dem Diktator gegen das eigene Volk. Wollens die Herren versuchen — wir sehen ihren Taten ruhig entgegen! Es ist eine Kläuson, den Krieg rein militärisch beenden zu können. Die U-Boote haben uns nicht vor dem vierten Kriegswinter bewahrt. Sie werden nicht in Monaten und selbst nicht in ein oder zwei Jahren den Engländern den Frieden aufzwingen, wie die Alldeutschen es anfündigten. Wir haben vor dem tyrantischen U-Boot-Krieg gewarnt. Jetzt sind keine Folgen eingetreten und jetzt muß er natürlich mit aller Kraft seinen Lauf nehmen. Aber die militärischen Druckmittel allein führen nicht zum Frieden. Auch die Feinde täuschen sich in der Hoffnung auf eine Niederrückung Deutschlands. Auch sie werden damit beschämende Enttäuschung erleben. Zugleich aber müssen wir in die Massen der feindlichen Brüder die Gewißheit tragen, daß Deutschland nicht der Raubstaat, nicht der Werwolf ist, der die anderen friedlichen Völker überfallen hat. Die Staatsmänner der Entente handeln wie unglückliche Spieler. Sie haben alles verpielt und sehen immer noch mehr ein. Sie müßten alles verzichten — nicht wir — und sie wollen noch nicht auf ihre Eroberungspläne verzichten. (Lebh. Beifall.) Dazu müssen wir vor allem den Schein zerlösen, als ob die deutsche Regierung nicht voll auf dem Boden der Friedensresolution stände. Belgien muß besonders durch klare deutsche Erklärungen eine Waffe für die englische Friedensbewegung werden. (Sehr gut!) Die Friedensresolution hat gut gewirkt. Stimmen aus Rußland, auch aus dem Lager der Verbündeten, beweisen es deutlich; aber wenn sie nicht noch besser gemirkt hat, so ist das eben Schuld der Alldeutschen und der — Unabhängigen! (Lebh. Zustimmung.) Sie haben den Friedensfeinden der Entente das Rückzeug geliefert, indem sie die Friedensresolution zu zerlegen suchten. (Sehr wahr!) Täuschen wir uns nicht, drüben

besteht noch keine Friedensgeneigntheit. Die Staatsmänner der Entente sind entschlossen, uns auch in den vierten Kriegswinter hineinzutreiben. Die deutsche Friedensbereitschaft genügt leider zum Friedensschlusse nicht. Damit fällt der letzte Trugschluß der Unabhängigen und unserer Parteiminderheit. (Sehr wahr!) Selbst die französischen Sozialisten und die englischen Arbeiterparteiler sind in ihrer großen Mehrheit zum Frieden ohne Annexionen noch nicht bereit. Banderwelle hat ja in seinem Stockholmer Memorandum ausdrücklich erklärt, die größte Gefahr set gegenwärtig ein brüchiger Friede der Ermüdung. (Lebh. Hört, hört!) Zum Frieden kann es aber erst kommen, wenn die anderen sich auf denselben Boden stellen wie wir. Die Resolution vom 19. Juli ist kein einseitiger Verzicht, sondern zugleich ein Schutz für den deutschen Beststand. (Sehr gut!) Damit erlebigen sich auch die Bemerkungen zweier Redner aus der vorigen Debatte über Elsaß-Lothringen. Demgegenüber müssen wir sagen: Sollte unglücklichweise der Krieg weitergehen, so werden wir Sozialdemokraten ein gutes Gewissen haben und Deutschland wird frei sein von jeder Schuld der Eroberungslust. Sollen wir noch einmal an die französischen und englischen Sozialisten appellieren. Ihre Hoffnung auf unseren Zusammenbruch, auf den Zusammenbruch unserer inneren Einheit ist eitel. Im Verteidigungswillen und in der Verteidigungskraft wird das deutsche Volk unüberwindlich sein. (Lebh. Beifall.)

In der inneren Politik kommt ebenfalls alles auf die Stärkung unserer Verteidigungskraft an. Die englische Zufuhrsperre hätte uns nicht diese Nahrungsmittelnot gebracht, wenn nicht agrarische Interessen und profitgierige Händler das deutsche Volk ausgewuchert hätten. (Sehr wahr!) Wo wären wir sozialpolitisch in diesem Kriege hingelommen, ohne die starke gewerkschaftliche Organisation, die Erhöhung der Unterstützung und der Rente, den neuen Schutz für die Soldaten gegen Willkür und Schikanen, den wir erst in der letzten Tagung wieder durchgesetzt haben. Schah der Menschenrechte, Menschengenossenschaft, Erhaltung und Wiederanbau des physischen Körpers unseres Volkes ist unsere Zukunftsaufgabe und überall begegnen wir der Vaterlandspartei als Hemmschuh. (Sehr wahr!) In allen praktischen Fragen sind wir auch im Gegensatz zu den Unabhängigen. Sie haben gestimmt gegen die Aufhebung der politischen Zensur, gegen das Kapitalabfindungsgesetz, gegen die Befreiung der Gewerkschaften von den Fesseln des Vereinsrechts (Hört, hört!), gegen die Kriegsgewinnsteuer (Hört, hört! Zuruf: Unerhörte!), gegen die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung. Sie treiben die Politik der Katastrophe, wir scheitern Schritt für Schritt vorwärts und nehmen alle Mißfallagszahlungen an, um sofort auf volle Zahlung weiter zu dringen. Ihre Unpraktikabilität hat in der früheren einzigen Fraktion Arbeitskraft und Arbeitsfreude getötet. Wir können die großen Aufgaben der Zukunft gar nicht lösen, wenn wir weiter diesen inneren Widerstand zu ertragen haben. Wir müssen jetzt auf verchiedener Wegen marschieren und nach dem Erfolge wird das deutsche Volk urteilen. Auch über die Kreditbewilligung und die Stellung zum Kriege wird es bei den nächsten Wahlen sein Votum abgeben. Es mag unangenehm sein, bei den nächsten Wahlen gegen einen unabhängigen Kandidaten zu stehen, aber ganz unmöglich wäre es, für einen Kreditverweigerer aufzutreten zu müssen. (Sehr wahr!)

Die große Frage der Demokratisierung hat jetzt die innere Krise hervorgerufen. Das gegenwärtige System ist im Kriege gewogen und zu leicht befunden worden. (Sehr wahr!) Es ist nicht geeignet, die Einheit unseres Volkes aufrecht zu erhalten. Starkes Staatsgefühl wächst auf dem Boden der Demokratie, deshalb ist es in England und Frankreich viel stärker als bei uns. Wir müssen diese Kraftquelle auch für Deutschland erschließen. Dazu ist der Krieg die beste Zeit. Wir brauchen das parlamentarische System, die organische Verbindung von Parlament und Regierung, dann wählt das Volk bei der Parlamentswahl seine Regierung selbst und die Krone ist nur der Vollstrecker des Mehrheitswillens. Zwischen Volk und Oberste Spitze ist dann kein Konflikt möglich. Augenblicklich haben wir wiederum einen Kanzler und Staatssekretär, die nicht das Vertrauen des Volkes haben. Die Kanzlerschaft Michaelis hat die Beamtenregierung in ihrer vollen Unzulänglichkeit offenbart. Für alle Angelegenheiten der Regierung fällt heute die Verantwortung auf den Träger der Krone. Er müßte sich selbst sagen, ob das ein beneidenswertes Vorrecht ist. (Sehr wahr!) Die mittlere Linie ist jetzt unmöglich geworden. Befriedigen kann uns nur die volle Durchführung des parlamentarischen Systems auf der ganzen Linie. Die Regierung muß Front machen gegen die Reaktionen und Kriegstreiber und sich mit voller Ueberzeugung auf die Seite des Volkes stellen. (Lebh. Beifall.) In der äußeren Politik wollen

Fiat justitia!

Von Th. Mügge.

8. Fortsetzung.

Wie kann er sich unterstehen, mir zu widersprechen! rief der König zornig. Ich werde dem Burken einen anderen Platz anweisen, wo er seine Stärke beweisen kann. Weißt Er, was ein Sozinianer ist?

Sozinianer sind, wie ich glaube, Sektierer, die nichts von der Göttlichkeit Christi wissen wollen, sagte der Major.

Schwarzen, Kanakillen sind es! schrie der König, die Gott und sein Wort verleugnen. Die ganze geoffenbarte Religion, das ganze Christentum verspotten sie. Der ehrwürdige Herrmann Kranke hat mir alles erklärt. Einen von drei Schelmen habe ich einmauern lassen wollen, habe ihn aber parodiert, weil er widerstehen hat; dieser hier soll mir nicht so fort kommen. Solche Leute, die es mit der ganzen Kirche aufnehmen, kann ich brauchen. In mein Leibregiment soll der Kerl, ich will einen Unteroffizier aus ihm machen.

Das geht denn doch auf keinen Fall an! sagte der Major erstaunt und bestürzt.

Das will ich ihm zeigen! fuhr der König hitzig fort. Ich bin Herr hier im Land und kann tun, was ich will. Gott lasse ich so wenig verspotten, wie mich, und das merke Er sich, Major, wer nicht an die Bibel glaubt und meinen Willen pünktlich befolgt, der soll an den Galgen glauben! Seda, Feldmann! Ist keiner von den Kanakillen da draußen!

Der Leibjäger trat hastig und demütig herein. Draußen wird einer warten, sagte der König, der Baumgarten heißt, ein Pastor aus Halle, bring ihn her. Halt! Stell ihn vorher unter das Maß und miß ihn, wie lang er ist.

Wir wollen schon mit seiner Stärke fertig werden, fuhr er fort, und indem er seinen Hut aufsetzte, ergrieff er mit einem tief-sagenden Lachen den Rohrstock, welcher neben dem Tische stand.

Es dauerte einige Minuten, ehe der Leibjäger zurückkehrte, und während dieser Zeit ging der König mit großen Schritten auf und ab, ohne den Major anzusehen, der das Zimmer nicht verlassen durfte, ehe er Erlaubnis dazu erhielt. Einige Male wandte der König sich heftig um, stieß mit dem Stock auf und schlug seine Rede an den Major richten zu wollen, aber er tat es nicht, doch wurde sein Gesicht noch grimmier. Menschen ohne Religion, sprach er in seinem rauhen Tone vor sich hin, sind zu allem fähig. Ich habe das Beispiel in meinem eigenen Hause, an meinem eigenen Sohn, aber lieber soll er auf dem Rasenstein sterben oder unter meinen Händen, ehe ich dulde, daß er von Gott und meinen Geboten abfällt. Bei mir hat keiner auf Gedanken zu rechnen, der nicht Gottesfurcht und Gehorsam kennt, aber, da kommt der Katron!

Mit diesen Worten drehte er sich um, legte beide Hände auf seinen Stock und blickte nach der Tür, welche sich aufhat. Aber seine Augen öffneten sich, so weit sie es vermochten, und der Jähzorn, welcher ihn oft so plötzlich überkam, verzerrte sein Gesicht. Mit einer Stimme, die fast dem Geräusch eines wilden Tieres gleich, fuhr er auf den Leibjäger los, der mit dem Pastor aus Halle heretretreten war.

Spißhube! Kanaille! schrie er, indem er den fürchterlichen Stock schwingend, was bringt du mir da für eine Bagelischeuche! Wart, ich werde dich auspasser lehren. Wart! wart!

Der Stock fiel mit aller Gewalt ein Viertel Duzend Male auf den unglücklichen Jäger, der kläglich schrie, daß dies der Pastor Baumgarten aus Halle sei, auch kein anderer Mensch sich im Vorzimmer befinde.

Was! sagte der König innehaltend — du Rader! du willst mich noch belügen? Und der fürchterliche Stock schwebte von neuem über dem Kopfe des Dieners, als der Major dazwischen Einsprache tat. Auf mein Ehrenwort, Majestät! begann er, dies ist der Pastor Baumgarten, was er auf Ihr Befragen Ihnen auch selbst bezeugen kann.

Der ältzende kleine Geistliche hatte sich in seiner Angst bis in die tiefe Ecke zwischen Fenster und Wand geschüchelt und stand dort, seinen Rücken fest an die Mauer gedrückt, totenbleich, mit klappernden Zähnen, die Hände zusammengesaltet, ein Bild des Jammers.

Wie der König nach ihm hin sah, hob er die Hände noch höher auf und gurgelte mit halbschmerzlicher Stimme: Gnade, oh! — oh! Gnade!

Was zum Teufel! schrie der König, noch immer mit aufgehobenem Stock, ist Er wirklich der Pastor Baumgarten?

Ja — ja! schloß der arme kleine Vater, ich kann es nicht leugnen — ich trage diesen unglücklichen Namen.

Und ich habe keinen anderen Menschen gefunden, heutze der Leibjäger, als diesen, der so klein ist, daß er unter das Maß durchgeht.

Hast du heut einmal etwas gekriegt, was du nicht verdienst, hast, sagte der König unempfindlich, so sollst du ein andermal leer ausgehen, wenn du etwas verdienst. Dazun kannst du mich erinnern.

Hiermit war die Sache abgetan. Der König war so gemüht, seine Diener zu schlagen, daß es ihm sehr gering vorkam, wenn einer ohne Ursache seinen Stock fühlte. Gaben sie ihm lange keine Gelegenheit diesen zu benutzen, so führte er solche herbei, denn das Prügeln war ihm Bedürfnis. Es ist bekannt genug, wie er dieser Leidenschaft in seiner eigenen Familie genüge, und wie die geistvolle Prinzessin Wilhelmine in ihren Memoiren mittelt, gab es Zeiten, wo sie sich kaum eines Tages erinnern kann, an dem sie und ihr Bruder, der Kronprinz, nicht geschlagen und von dem zornigen Vater an den Haaren umhergeschleift wurden.

Er ist ein der Kirche, der es mit der ganzen Kirche aufnehmen will, sagte der König, indem er sich wiederum zu dem

Pastor wandte. Er will ein Sozinianer sein? Er will unserem Herrn Jesu den Krieg erklären? Er will die heilige christliche Lehre umstürzen?

Mit jedem Satze, den er sprach, wurde seine Stimmung trüblicher, und als er gendert hatte, brach er in ein dröhnendes Gelächter aus. Als jedoch der kleine Pastor den schrecklichen Stock nicht mehr sah und es aus den Ausrufungen des Königs erfuhr, um was es sich handelte, kehrte sein Mut schneller zurück, als man meinen durfte. Auf dem geistlichen Felde war Pastor Baumgarten keineswegs verzagt und wo es galt, sah mit Worten gegen Worte zu verteidigen, war er nicht der Mann, widerstandslos zu leiden.

Allergnädigster Herr und König, sagte er mit dem Mute: Des guten Gemüßens, ich bin verurteilt worden. Ich lehre, was mir Wahrheit scheint, ohne Menschenfurcht und berufe mich auf den hier anwesenden Herrn Major von Kewendorf, welcher häufig mein Zuhörer gewesen ist.

Ich kann für den Pastor gutes Zeugnis ablegen, schaltete der Major ein, als der König sich umschah.

Ich bin kein Förderer und kein Priester, der auf den Buchstaben schwört, allergnädigster Herr, fuhr der Pastor fort, ich gehöre vielmehr, wie ich zugeben will, zu denen, welche nach dem Geist in der heiligen Schrift forschen und ihn zu finden streben nach Wissen und Gemüßen.

Der Major legte hinter des Königs Rücken während den Finger auf seine Lippen, und glücklicherweise bemerkte der kleine Pastor dies Zeichen. Ich bin aber auch ein demütiger Diener Gottes, fuhr er fort, kein Sozinianer, kein Mann des Streites, sondern ein Mann des Friedens und in tiefer Ehrfurcht ein getreuer Untertan Ew. Majestät.

Der König lachte während dieser Zeit noch immer vor sich hin und sah voll Spott auf die krumme, elende Gestalt des Priesters, den er zum Unteroffiziere in seinem Leibregimente hatte machen wollen. Es war ihm ganz unmöglich, zu denken, daß ein so gebrechliches Wesen, wie dies, ein Sozinianer und ein Mann sein könnte, der es mit der ganzen Kirche aufnehmen wollte. Dazu gehörte keineswegs Erachtens wenigstens eine Länge von sechs bis sieben Fuß, nebst der entsprechenden Breite. Ein solcher Antis mußte ein völlig unschädliches Wesen sein. Bei der Verlesung des kleinen Pastors, daß er zu den Auslegern der heiligen Schrift und zu der Aufklärungspartei gehöre, loberte sein Unwille auf, allein diese Annäherung ging schnell vorüber, und sein betäubendes Gelächter brach um so lauter aus. Schwere Erfülle, wie er mit dem Stock aufstehend, was Baumgarten sofort verstanmen ließ, er hatte nicht weiter nötig, sich zu verteidigen. Gehe Er in Gottes Namen nach Halle zurück und lehre Er Keisig fort. Er kann der christlichen Kirche keinen Schaden tun. Er wäre mir der richtige Mann dazu, auch nicht einmal ein Tambour kann aus ihm gemacht werden!

(Fortsetzung folgt)

mit den Forderungen der Verständigung, in der inneren Politik die Vollregierung. Wir verlangen einen festen Regierungskurs, der uns möglichst rasch aus dem Kriegselend herausführt. Wir wollen in Deutschland Zustände schaffen, auf die wir stolz sein können, unter denen jeder freudig für die Gesamtinteressen mitwirken kann. Demut und Bedienstenthaftigkeit gehören für uns nicht zum Ideal des deutschen Mannes und zur deutschen Manneswürde. Unser Ideal ist das des freien Mannes, der sein eigenes Schicksal formt. Unser Ideal eines durch internationale Rechtsordnung gesicherten Friedens haben in ihren letzten Kundgebungen der Papst, Staatssekretär von Rühlmann und Graf Czernin anerkannt. Mit den Tischen des Parliamentschiffes vom August 1915 und der Erklärung vom 4. August 1914 sind wir dafür Bahn gebrochen und haben das sozialdemokratische Kriegsziel aufgestellt. (Sehr wahr!) Der Krieg als großer Revolutionär macht die Bahn frei für Neues. Gemüß stehen uns noch große Kämpfe bevor, aber auch unsere Macht ist gewaltig geworden und wir fühlen in uns die Kraft, ungeheure Aufgaben zu bewältigen. Wir haben einen tatkräftigen, tatfreudigen Optimismus, ein freies deutsches Volk mit höchster politischer und sozialer Kultur, im Innern geeicht, im Kreis der anderen freien Völker ein reiche Frucht tragender Zweig am Baume der Menschheit. Das ist unser deutsches, unser sozialdemokratisches Ideal, das ist die hohe geschichtliche Mission der deutschen Arbeiterbewegung. Werden wir ihr gerecht! (Stürmischer anh. Beifall)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vormittag 9 Uhr verlagert.
Schluß 6 Uhr.

„Unsere sozialpolitischen Aufgaben“.

Wissells Referat an den Würzburger Parteitag.
Neben den Referaten Landsbergs über Demokratie, Cunows über Wirtschaftfragen und Reils über Finanzpolitik, die wir im Auszug bereits wiedergegeben haben, liegt dem Würzburger Parteitag auch ein ausführliches Referat des Gen. Rud. Wissell über „Unsere sozialpolitischen Aufgaben“ vor.

Als Ziel der sozialpolitischen Arbeit nach dem Kriege schwebt dem Berichterstatter vor:
Erhaltung und Entfaltung alles menschlichen Lebens, Befestigung und Fernhaltung alles dessen, was die Entfaltung und größtmögliche Entwicklung neuen Lebens hindert, Schutz der menschlichen Arbeitskraft, der höchsten Trägerin allen Kulturfortschritts, Förderung alles dessen, was der Hebung des Kulturniveaus dient und damit Schutz jedes einzelnen vor dem Herabfallen in eine tiefere soziale Schicht.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, behandelt Wissell die Fragen des Arbeiterlohnes, der Arbeiterversicherung, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Sicherung des Koalitionsrechts, der Neugestaltung des Arbeiterrechts, des gewerblichen Einigungswekens, der Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung, der Armenpflege, Jugendfürsorge, Wohnungsfürsorge und — besonders ausführlich — die Maßnahmen zugunsten der Kriegsteilnehmer und Kriegsbefähigten.

Hierüber führt er u. a. aus:
Die Entlassenen bedürfen alle einer angemessenen Erholung und der Zeit zur Ordnung ihrer häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Zumindest für die Dauer eines Monats sind dem Entlassenen die bisherigen Bezüge und entsprechenden Verpflegungs- und Bekleidungsgehalt und seiner Familie die Kriegszulage zu gewähren; die letztere zweckmäßig bis zur ersten Lohnzahlung des Zurückgekehrten. Die zurückkommenden dürfen nicht gleich wieder in eine neue Schicksalswirtschaft hineingetrieben werden. Zieht nach Ablauf eines Monats dem Kriegsteilnehmer die Möglichkeit, Arbeit oder Unterstützung zu erhalten, ist ihm eine entsprechende Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Daß für möglichst ausreichende Arbeitsgelegenheit von Staats wegen zu sorgen ist, begegnet kaum irgendwelchem Widerspruch. Man wird dem entlassenen Kriegsteilnehmer die Sorgen und schweren Nöte der Arbeitslosigkeit mit ihren schweren psychischen Depressionen nicht zumuten können.“

Neben dieser gesetzlichen Regelung der allgemeinen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge steht für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen naturgemäß die Regelung der Versorgungsanfrage im Vordergrund des Interesses. Die Rentenbewährung muß von sozialen Gesichtspunkten getragen sein. Das bedingt auch den Fortfall des heutigen Unterschieds zwischen Dienst- und Kriegsdienstbeschädigung. Weshalb eine zu gewöhnliche Rente im ziffermäßigen Betrage verschieden sein soll, je nachdem die eine oder andere Bezeichnung der Beschädigung in Anwendung zu kommen hat, ist nicht verständlich.

Auch das System der Gewährung von Zulagen in besonders schweren Fällen einer Dienstbeschädigung ist einer Umgestaltung zu unterliegen.
Der Ausschluß jedes Rechtsweges über die Frage, ob eine Gesundheitsfürsorge als eine Dienstbeschädigung anzusehen ist, und ob eine Dienstbeschädigung als durch den Krieg erlitten anzusehen ist, widerspricht unseren heutigen Rechtsbegriffen. Hierüber dürfte auch kaum irgendeine Meinungsverschiedenheit bestehen. Die Zahl der ohne Rente Entlassenen ist so überaus groß, daß das Bedürfnis nach einem unabhängigen Gericht, das die zwischen dem Heeresleiter und der Heeresverwaltung strittigen Fragen nachzugehen haben wird, ganz unabweisbar geworden ist. Die vom Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge gemachten Vorschläge dürften insofern durchaus das Richtige treffen, als sie ein Verfahren vorsehen, das dem auf dem Gebiet der Sozialversicherung nachgebildet ist. Es wird jedoch darüber hinausgehend zu fordern sein, daß gegen die Entscheidungen der ersten Instanz der Rekurs an die beim Reichsverwaltungsamt zu bildende Oberprüfungsbehörde zulässig ist.

Es wird eine dauernde Sorge unserer zukünftigen Sozialpolitik sein müssen, die noch teilweise erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten möglichst handliche Beschäftigung zu sichern. Man wird sich nicht darauf verlassen dürfen, daß das bei einer auf rein geschäftliche Rücksichten abgestellten Betriebsführung regelmäßig der Fall sein werde. Das Gegenteil dürfte zu erwarten sein. Es machen sich schon Stimmen bemerkbar, die darauf hinweisen, daß die industriellen Betriebe nicht mit mindermotigen Kräften überfordert und damit in ihrer Leistungsfähigkeit gehemmt werden dürfen. Des Unternehmertums will eben aus dem Volke wirtschaften, ohne Rücksicht auf die Gemeininteressen. Es notwendig ist deshalb eine Vorkehrung, wonach der Unternehmer im Verhältnis zur Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter einen bestimmten Hunderteil von Kriegsbeschädigten einstellen muß. Dieses Gebot ist mit einer im Falle der Beschäftigung zugewandten der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder der Arbeitslosenunterstützung zu zahlenden Abgabe so wirksam zu machen, daß dem Unternehmer die Beschäftigung als das weniger Belastende erscheint. Neben der Einweisungspflicht für den Arbeitgeber ist ein Schutz der Kriegsbeschädigten in bezug auf Arbeits- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Friedensmission Erzbergers.

Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht im Auftrag an einen Artikel über die neue Politik der Zentrumspartei des Reichstages die Zustimmung eines Vertrauensmannes der Würzburger Partei, Erzberger, in der Vertrauensmännerversammlung in Köln auf eine ähnliche Haltung aus der Mitte der Zentrumspartei, daß er seine Haltung gegenüber dem Reichstag dem Reichstag in Köln über den besprochenen Punkt mitteilen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Friedensmission Erzbergers.

Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht im Auftrag an einen Artikel über die neue Politik der Zentrumspartei des Reichstages die Zustimmung eines Vertrauensmannes der Würzburger Partei, Erzberger, in der Vertrauensmännerversammlung in Köln auf eine ähnliche Haltung aus der Mitte der Zentrumspartei, daß er seine Haltung gegenüber dem Reichstag dem Reichstag in Köln über den besprochenen Punkt mitteilen wird.

habe, um Gelegenheit zu erhalten, sich mit englischen Friedensagenten auszusprechen. Dieser sein Wink sei von England wohl verstanden worden, und sei ihm die gewünschte Gelegenheit einer Aussprache auch geworden.“ Darauf folgen Ausführungen Erzbergers, die aus besonderen Gründen öffentlich nicht wiedergegeben werden können.

Die Wahlrechtsreform fertiggestellt.

Eine halbamtliche Nachrichtenstelle teilt mit: Die beiden Gehehntwürfe über die Wänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus und über die Zusammenlegung des Herrenhauses sind inzwischen von den beteiligten Ressorts fertiggestellt, sodas ihre Vorlage nunmehr im Staatsministerium erfolgen wird.

Die fortschrittlichen Abgeordneten Kronsohn und Genossen haben folgenden Antrag im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die egl. Staatsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den in den gemeinnützigen Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei Regelung ihres Arbeitsverhältnisses gewährleistet wird.“

Abg. Traub legt sein Mandat nicht nieder.

Der Landtagsabgeordnete Traub sendet der „F. Z.“ eine längere Erklärung, worin er mitteilt, daß er aus der fortschrittlichen Fraktion des Abgeordnetenhauses austritt und auch aus der Fortschrittlichen Volkspartei ausscheidet, dagegen sein Mandat beibehält.
Dieses „mannhafte Verhalten“ wird hoffentlich die betrübten „Lübeckischen Anzeigen“ und den alldeutschen Paster Bielewig wieder froh stimmen.

Von den Kriegsschauplätzen.

England.

Englische Repräsentanten gegen Schweden.

Wie der „Popolo d'Italia“ aus Rom vernimmt, beabsichtigt die englische Regierung die gegen Holland angewendeten Repräsentanten auch gegen Schweden anzuwenden, wenn sich Schweden nicht bereit erklärt, die Beziehungen zu Deutschland in demselben Maße einzuschränken, wie dies von Holland verlangt wurde.

Englische Ansichten über den Zweck der Kaiserreise.

Der Kaiser hat eine Reise nach Sofia und Konstantinopel unternommen. Im feindlichen Ausland orakelt man darüber, was das zu bedeuten hat. Die „Morningpost“ meldet aus Athen: „Wohlinformierte hiesige Kreise halten den Frieden für bevorstehend. Obwohl die Beratungen, die vor der Reise des deutschen Kaisers nach Bulgarien stattfanden, und die Besprechungen in Sofia und Konstantinopel geheim gehalten wurden, liegen hier zuverlässige Nachrichten vor, daß man in der kommenden Woche neue, weniger unveröhnliche Vorschläge Deutschlands erwarten kann.“ — Die unveröhnliche Haltung in der Friedensfrage liegt nicht auf deutscher, sondern auf feindlicher Seite. Deshalb dürfte die Annahme der „wohlinformierten Kreise“ in Athen unzutreffend sein.

Italien.

Zusammentritt der italienischen Kammer.

Rom, 17. Oktober. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses in Rom wurde vom Kammerpräsidenten Marcora mit einer hochschauvinistischen Rede eröffnet. Ministerpräsident Boselli appellierte in seinen Ausführungen vornehmlich an die Einigkeit und den Patriotismus der Abgeordneten, den sie während der Debatten bewahren möchten, und versicherte, daß die Politik des Kabinetts die Politik des Parlaments sei, welches den Volkswillen vertritt. Die Politik Italiens sei auf einen Frieden gerichtet, der den Triumph des Rechts und der Gerechtigkeit bedeute. Die Stimmungsmache für jeden anderen Frieden, in den die Feinde das italienische Volk hineinziehen wollen, wäre ein Verrat am Vaterlande. Das Volk erwarte vom Parlament, daß es auf dem Siegeswege fortzuehe, dann sei Italien unbesiegt. Die Sozialisten Modigliani und Treves greifen unter fortwährenden Unterbrechungen das Kabinetts wegen der ausweichenden und inkonsequenten Rede Bosellis aufs schärfste an. Sie verlangen im Namen des Volkes und der Kammer, daß die Regierung eine nicht missverständliche Erklärung über die äußere wie die innere Politik abgebe. Modigliani fordert Bekanntheit der Gründe, warum in so viel Provinzen der Kriegszustand verhängt worden sei. Treves beantragt sofortigen Eintritt in die Besprechung der Kabinettspolitik. Die Regierung lehnt dies ab und fordert Abstimmung. Die Kammer lehnte mit 228 gegen 51 Stimmen bei 15 Stimmenthalten die Besprechung ab und erteilte der Regierung auf diese Weise ein Veritauensvotum! Das Ergebnis der Abstimmung ist jedoch keineswegs ein richtiges Bild der wahren Lage. Viele Abgeordnete wurden davon überrascht, daß Boselli sofort die Vertrauensfrage stellte. Auch die Presse gibt dies zu. So sagt der „Secolo“, daß das unerwartete Resultat der Abstimmung durchaus nicht als endgültiger Sieg der Regierung angesehen werden dürfe.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Sie feindlicher Flieger über Frankfurt a. M.

In Frankfurt a. M. 17. Oktober. (Amlich.) Heute nachmittag 1 Uhr erlitten ein feindlicher Flieger über der Stadt und warf einige Bomben ab, die ohne irgendwelchen Schaden anzurichten, auf unbesabtes Gelände niederfielen. Von den Abwehrgeschüssen beschossen, drehte er wieder ab und verschwand in südlicher Richtung.

Troelstra über das Manifest des Stockholmer Komitees.

Ans Stockholm wird uns gemeldet: „Sozialdemokraten“ publiziert ein Interview mit Troelstra, welcher sagte, daß das einflussreiche schwedische Manifest des Internationalen holländisch-kanadischen Komitees der deutschen Partei zeigen werde, daß die Weigerung, in der Frage Elah-Lohnfragen zu verhandeln, im Gegensatz zu dem Schanken eines Verständigungsversuches nicht angehen werde. Die Mehrheit der deutschen Partei habe die Bedeutung der Frage bisher nicht erkannt; er hoffe, daß sie ihren Standpunkt revidiere. Troelstra glaubt, daß die Beschlüsse des Komitees keine kriegerische Partei einschließen werden; aber eben darin liegt das Komitee den Beweis seiner Objektivität. Der Komitteesitzung werde den Parteien Gelegenheit bieten, bis zum Zusammentritt der Konferenz praktische Friedensarbeit zu leisten, was allerdings von der Mehrheit der Parteien abgelehnt wird.

Vorkaufliche Übereinkunft zwischen der holländischen und deutschen Regierung.

Das Haagische Korrespondenz-Büro vernimmt, daß die vorkaufliche Übereinkunft zwischen den Abgeordneten der niederländischen und der deutschen Regierung bezüglich der Lieferung von Kohlen usw. durch Deutschland von der deutschen Regierung angenommen worden ist.

Auch Columbia gegen Deutschland?

Wie die „Agenzia Americana“ meldet, haben einige politische Gruppen in der Republik Columbia eine Aktion eingeleitet, um die Regierung zu bestimmen, an die Seite jener amerikanischen Staaten zu treten, die die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben. Diese Aktion werde von der Mehrheit der Regierung unterstützt.

Diktatorische Maßnahmen Wilsons.

Wie der „Petit Parisien“ aus Washington meldet, hat Präsident Wilson kraft seiner diktatorischen Vollmacht grundsätzlich die Sequestration feindlichen Eigentums und die Übernahme aller den feindlichen Staatsangehörigen ausgestellten Patente für staatliche Benutzung angeordnet. Die gleiche Proklamation ordnet die Zensur für den gesamten Telegraphen-, Funkpruch- und Briefverkehr an.

Gewerkschaftsbewegung.

Streit der Räder in Basel.

In Basel streifen die organisierten Räder wegen Nichtgewährung einer Feuerungszulage von 20 Prozent.

Skandinavische Gewerkschaftsnotizen.

Der dänische Schaupielerverband ist in einen Lohnkonflikt mit den Theaterleitungen geraten. Der Verband fordert u. a. eine Herabsetzung der Ausgaben für Luxusleistungen sowie Lohnzulagen bei gewissen Gelegenheiten. Da die Theaterdirektoren den Wünschen ihrer Schauspieler feindlich gegenüberstehen, sei mit einem offiziellen Konflikt zu rechnen. — Die Buchdrucker in Stavanger haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen eine wöchentliche Zulage von 14 Kronen, während die Arbeitgeber 9 Kronen bieten. In allen Druckereien der Stadt ist der Betrieb eingestellt, so daß keine bürgerliche Zeitung erscheinen kann. — Die norwegische Regierung hat den Arbeitern des staatlichen Silberwerks Kongsberg eine tägliche Feuerungszulage von 1 Krone und außerdem 30 Öre täglich für Frau und jedes Kind bewilligt. Die dies Resultat zeitigenden Verhandlungen wurden zwischen dem norwegischen Arbeiterverband und dem Ministerium geführt.

Aus Nah und Fern.

Das Eisenbahnunglück bei Schönhausen.

In dem bei Schönhausen a. d. Elbe verunglückten Sonderzug aus Westpreußen befanden sich etwa 250 Kinder, hauptsächlich aus den Städten Essen, München, Gladbach und Oberhausen. Ein Augenzeuge gibt dem „Berliner Tageblatt“ eine Schilderung, nach der der Lokomotivführer wahrscheinlich das Haltesignal in der Morgendämmerung übersehen und auf einen im Bahnhof haltenden Güterzug auffuhr. Der Anprall war so stark, daß er in ganz Schönhausen gehört wurde. Die Kinder, die zum größten Teil noch schliefen, wurden von den Sigen zerstreut. Schreien, Wehklagen und Hilferufe erklangen. Die Nichtverletzten kletterten, von Schreck erfaßt, durch die Türen und Fenster aus den Wagen. Den herbeieilenden Beamten bot sich ein furchtbarer Anblick dar. Viele Kinder lagen mit zerbrochenen Gliedmaßen hilflos in den Wagen. Nicht wenige andere waren tot. Der Stationsvorsteher rief sofort telegraphisch von Stendal einen Hilfszug mit Ärzten herbei. 25 Kinder und ein Schaffner waren unter den vollkommen zusammengepressten Holz- und Eisenstücken tot und wurden hervorgezogen, während 15 Kinder und eine Begleiterin, die teils schwer, teils leichter verletzt waren, geborgen wurden. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus in Stendal gebracht. Die Kinder, die von dem Unglück verschont geblieben waren, folgten die Reise in einem anderen Sonderzuge fort.

Grubenunglück.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet aus Essen, daß sich auf der Zeche „Minister Adenbach“ bei Brambauer eine Schlagwetterexplosion ereignete. Bisher wurden sechs Tote geborgen.

Der Tabak in Sage und Geschichte.

Der Weltkrieg übt jetzt bereits recht spürbar seine Wirkung auf den Tabak. Der Ausfall der überseeischen Zufuhren und der Rückgang des inländischen Anbaues hat das edle Kraut schon knapper und teurer werden lassen. Trotzdem denkt nach wie vor jeder Raucher:
„Wenn mein Pfeifen dampft und glüht und der Rauch von Blättern mir säuselnd um die Nase zieht, tausch ich nicht mit Göttern.“

Danauch hat also der Tabak einen großen Einfluß auf die Gemütsstimmung. Der Meinung war auch Fürst Bismarck. Als er im Jahre 1871 bei Gelegenheit einer Unterbrechung mit dem französischen Staatsmann Thiers diesem eine Zigarre anbot, bedauerte er, daß Thiers nicht rauche, und schilderte ihm in berebten Worten die Vorzüge des Rauchens hinsichtlich der Gemütsstimmung. Auch der Volksmund nennt die Tabakspfeife einen Sorgenbrecher. Als solchen kennzeichnet auch den Tabak eine alte persische Sage. Nach dieser war einem in Mekka lebenden jungen und reichen Manne ein geliebtes Weib gestorben. Da ihm die Frau unerlässlich wurde, wurde er traurig bis in den Tod und beschloß zu sterben. Da sagte ein Geis, der wegen seiner Weisheit sehr berühmt war, zu ihm: „Gehe hin an deines Weibes Grab, du wirst dort ein Kraut finden, pflüde es, stecke es in ein Rohr, zünde es an und ziehe den Rauch auf. Dies wird dein Weib, deine Mutter, dein Bruder sein. Es wird deine Seele Weisheit lehren und dein Hunger Ratgeber sein.“

Die Europäer sind bis zur Entdeckung Amerikas ohne dieses „Götterkraut“ gewesen. Das Rauchen haben die Weizen von den Rothäuten gelernt. Doch die Obrigkeit war dagegen und verbot das Rauchen. Papst Urban VIII. sprach den Banusluh über das Rauchen aus und in Rußland wurde zur Strafe den Rauchern sogar die Nasenpitze abgeschnitten. Trotz alledem bürgerte sich der Tabak immer mehr ein. Schließlich erkannten die Staatsmänner den Tabak als Steuerobjekt und begünstigten daher das Tabakrauchen. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg hielt sich sogar einen Keger, der dem Volke zum Vorbild rauchte. Dieser hat einmal einem Bauern seine Pfeife an. Höchst erhaben jagte der einfache Mann: „Nä, mir nödiger Herr Dummel, ist fräte keen Feuer.“ Diese Scheu vor dem Rauchen war schnell überwunden, und bald rauchten in Deutschland alle Kreise.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gelegene Nummern des „Vollsboten“

bitten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteistück zu werden.